

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

73. Sitzung
3. Mai 2021

Beginn: 9.09 Uhr
Schluss: 11.59 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3507
**Gesetz über den Katastrophenschutz im Land Berlin
(Katastrophenschutzgesetz – KatSG)**

[0390](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung – nichtöffentlich –

Petition
Eingabe von Herrn K.
Lagebild Korruption
Pet-Nr. 4749/18
Der Petitionsausschuss bittet um Stellungnahme

[0347](#)
InnSichO

Siehe nichtöffentliche Anlage zum Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

1. Mai 2021 in Berlin

(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0401](#)

InnSichO

Vorsitzender Peter Trapp: Zu diesem Tagesordnungspunkt wird uns Herr Leitender Polizeidirektor Stephan Katte ebenfalls mit seiner Expertise zur Verfügung stehen. Zur Begründung des Besprechungsbedarfs – Herr Zimmermann, bitte!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank! – In aller Kürze: Wegen der Bedeutung haben wir das vorsorglich angemeldet. Ich will der inhaltlichen Debatte nicht vorgreifen, aber wichtig ist, dass wir dem Senat und Frau Polizeipräsidentin und auch Herrn Katte hier Gelegenheit geben sollten, die Konzeption zu erläutern und die Vorgehensweise darzustellen, um das dann nüchtern und in aller Ruhe betrachten zu können. Aus meiner Sicht war es angesichts der Herausforderungen an diesem Tag eine große Leistung der Berliner Polizei, den ganzen Tag bis in die Abendstunden so begleitet und gestaltet zu haben. – Danke schön!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Zimmermann! – Dann bitte ich darum, dass der Senat das Wort ergreift und uns informiert. – Bitte, Herr Senator!

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der 1. Mai in diesem Jahr war mit keinem 1. Mai der Vorjahre vergleichbar. Er stand unter dem Zeichen der Einschränkungen der Infektionsschutzverordnung und des Infektionsschutzgesetzes, auch im Unterschied zum 1. Mai 2020, bei dem ja Versammlungen auf Grundlage der damaligen Infektionsschutzverordnung eingeschränkt waren. Das war jetzt anders. Auch die nächtliche Ausgangssperre, die gegenwärtig gilt, hat das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit an diesem 1. Mai natürlich nicht eingeschränkt.

Wir hatten im gesamten Stadtbild etwa 30 Versammlungen, die zum Teil auch recht spontan angemeldet worden sind. Das waren die, die von der Polizei betreut wurden. Darüber hinaus gab es noch weitere Veranstaltungen. Insgesamt, kann man sagen, war das ein friedliches Demonstrationsgeschehen, weitgehend friedlich über den ganzen Tag hinweg. Bei einer Vielzahl von Veranstaltungen haben die Menschen verantwortungsbewusst – ich sage das auch vor dem Hintergrund der Hygieneregeln – ihre Möglichkeit, ihre Meinung auf die Straße zu tragen, wahrgenommen, und dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir hatten – das wird gleich noch näher ausgeführt – einige bemerkenswerte Veranstaltungen, zum einen die Coronaleugner-Demonstration von sogenannten Freien Linken mittags in Lichtenberg. Dort hat die Polizei diesen Demonstrationszug eng begleitet und auch dafür gesorgt, dass die Hygienebestimmungen eingehalten werden. Dieser Demonstrationszug konnte auch deswegen erst sehr spät starten, weil verdeutlicht werden musste, dass die Regeln auch für diesen Zug gelten. Es hat dann dort insgesamt etwa 60 Festnahmen und Freiheitsbeschränkungen gegeben, um die Regeln durchzusetzen.

Nachmittags – oder schon mittags beginnend – hatten wir diese Fahrradsternfahrt, erst zum Großen Stern und dann in den Grunewald. Die war angemeldet für 2 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer; es waren dann in der Spitze 10 500. Das hat die Polizei noch mal vor besondere Herausforderungen gestellt, es ist aber gemeinsam mit den Veranstaltungsteilnehmern eine gute Lösung gefunden worden, teilweise mit Verkürzung der Wegstrecken, teilweise mit Verlegung des Ortes der vorgesehenen Zwischenkundgebung, aber das ist einvernehmlich und ohne besondere Vorkommnisse gelaufen.

Abends bei der 18-Uhr-Demonstration, der sogenannten Revolutionären Erster-Mai-Demo, kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen, die, glaube ich, auch noch Gegenstand der Beratungen des Innenausschusses werden. Dem will ich jetzt nicht vorgreifen, eins will ich aber schon sagen: Wir sollten uns als Demokraten nicht in der öffentlichen Berichterstattung den Schneid abkaufen lassen, dass es ein friedlicher 1. Mai war und dass wir für die Menschen stehen, die friedlich ihre politische Meinung auf die Straße getragen haben, und wir sollten nicht den Gewalttätern, die es auch gegeben hat, die Möglichkeit geben, mit ihren Gewalttaten die Berichterstattung über den 1. Mai zu dominieren. Deswegen ist mir wichtig zu sagen: Es war in der großen Masse der Veranstaltungen ein wirklich friedlicher, geordneter 1. Mai, und die Polizei war über den ganzen Tag hinweg Herrin der Lage. Das gilt übrigens auch für den 30. April, die sogenannte Walpurgisnacht. Auch dort haben Veranstaltungen stattgefunden, auch dort war die Polizei Herrin der Lage.

Insgesamt ist festzustellen: Wir haben am 1. Mai genau 354 Freiheitsentziehungen und Freiheitsbeschränkungen durchgeführt. Die beziehen sich nicht alle auf die 18-Uhr-Demonstration, sondern sind auf den ganzen Tag gerechnet. Dabei entfallen viele dieser Freiheitsentziehungen und -beschränkungen auf Verstöße gegen die Infektionsschutzverordnung, aber es geht auch um Landfriedensbruch, schweren Landfriedensbruch, tätlichen Angriff, Widerstand und gefährliche Körperverletzung.

Insgesamt waren 6 000 Einsatzkräfte der Berliner Polizei und Unterstützungskräfte aus den anderen Bundesländern am 1. Mai in Berlin eingesetzt, von denen sich 5 300 in der Spitze im Einsatz befanden. Ihnen gilt an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank, darunter auch den gut 2 000 Einsatzkräften der Bundespolizei und aus den anderen Bundesländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Das ist ein wirkliches Zeichen der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, die die Polizei dort gibt. Ich sage ausdrücklich auch meinen herzlichen Dank an die Einsatzkräfte der Berliner Feuerwehr, die die Polizei am Abend des 1. Mai in hervorragender Weise unterstützt haben.

Leider sind auch in diesem Jahr erneut verletzte polizeiliche Einsatzkräfte zu beklagen, eine erschreckend hohe Zahl: 93 Polizistinnen und Polizisten wurden im Rahmen ihres Einsatzes am 1. Mai verletzt, 4 von diesen 93 Polizisten mussten vom Dienst abtreten, die anderen Polizistinnen und Polizisten konnten im Dienst verbleiben. Ich wünsche diesen Polizeidienstkräften an der Stelle eine baldige und möglichst vollständige Genesung. – So viel vorab von mir, und jetzt bitte ich Frau Dr. Slowik und in der Folge dann Herrn Katte, das Wort zu ergreifen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Senator! – Dann hat Frau Dr. Slowik das Wort. – Bitte!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin Berlin): Sehr gern, Herr Vorsitzender! – Zu den Zahlen der Einsatzkräfte und den besonderen Herausforderungen des Tages hat Herr Senator bereits ausgeführt. Deswegen möchte ich gern zunächst einmal einfach die Demonstrationen im Verlauf des Tages kurz betrachten: Circa 20 000 Menschen haben, das wurde schon angesprochen, nahezu ausschließlich friedlich und unter Beachtung der Hygienevorschriften demonstriert. Ich finde es eine tolle Botschaft für diese Stadt, dass es möglich ist, genau so, bei Wahrung der Regeln, Demonstrationen durchzuführen, und zwar auch in solcher Stärke von 20 000 Menschen. Die Einsatzkonzepte des Polizeiführers haben dabei umfassend getragen.

Ich beginne mit der ersten Versammlung „Nein zum Kapital – Widerstand global! Linke gegen Corona-Willkür“ in Lichtenberg: Das war der erste Schwerpunkt unseres Einsatzgeschehens, und diese Versammlung war dem Spektrum der Coronamaßnahmenkritiker zuzuordnen. Die Versammlung begann um 12.07 Uhr mit circa 250 Teilnehmenden in der Rathausstraße in Lichtenberg. Bereits am Antreiteplatz kam es zu Verstößen gegen die Infektionsschutzmaßnahmenverordnung und dann in der Folge auch zu Festnahmen. Ich habe mir da wie an anderen Orten selbst ein Bild machen können: Bereits hier haben wir konsequent Infektionsschutz umgesetzt. Für diese klare Linie – das möchte ich an der Stelle betonen – ist Berlin mittlerweile bundesweit bekannt, da wir da sehr stringent vorgehen, spätestens seit dem 18. November immer und immer wieder, jedes Wochenende, so auch dort in Lichtenberg gleich zum Auftakt des Tages. Um 13.23 Uhr versuchten Gegendemonstrierende in die Versammlung der Freien Linken einzudringen, wurden aber durch die eingesetzten Polizeikräfte daran gehindert. Der Aufzug setzte sich dann unter Einhaltung aller Abstands- und Hygieneregeln mit circa 270 Teilnehmenden, im Verlauf auf bis zu 400 Personen anwachsend, in Bewegung. Es kam im Verlauf der Aufzugstrecke dann zu weiteren Störversuchen, aber letztlich haben wir diese Versammlung ohne weitere Vorkommnisse am Endplatz um 17.40 Uhr beendet. – Es wurde schon angesprochen: Es kam nach den letzten Zahlen zu 76 Festnahmen, wobei alle Personen vor Ort wieder entlassen wurden.

Dann vielleicht noch eine Bemerkung zu der Versammlung „Berlin in Bewegung“, der Fahrradsternfahrt am 1. Mai: Dieser große Fahrradkorso hat uns durchaus vor große Herausforderungen gestellt. 2 500 Teilnehmende waren angemeldet; das hat der Senator schon ausgeführt. Es haben sich drei einzelne Fahrradsternfahrten am Großen Stern versammelt und hielten dort zunächst eine Zwischenkundgebung ab – wie ich wahrnehmen konnte, friedlich und in einem freundlichen Versammlungscharakter. Die Zahl wuchs dann auf 10 500 Personen. Hier mussten wir sofort reagieren: Herr Katte als Polizeiführer hat gemeinsam mit den Verantwortlichen aus der Direktion 2, Herr Goldack mit seinem Team, die hier wirklich hervorragende Arbeit geleistet haben, sofort einvernehmlich mit dem Versammlungsleiter auf das vorhandene Alternativkonzept umgeschwenkt und die Strecke durch den Grunewald verkürzt, weil 10 500 Menschen mit Fahrrädern durch den Grunewald zu führen alle Straßen überfordert. Wir hatten vorher auf größere Straßen begrenzt, aber das hat auch die größeren Straßen im Grunewald überfordert. Ich konnte vor Ort sehen: Die Leute haben im Grunewald mehr geschoben, als dass sie Fahrrad gefahren sind.

Wir haben also die Strecke durch den Grunewald verkürzt und auf die A 100 abgeleitet; das war das Alternativkonzept, das von Anfang an vorbereitet war. Die Zwischenkundgebung, die am Hagenplatz hätte stattfinden sollen, haben wir im Einvernehmen mit dem Versammlungsleiter abgesagt. Auch ihm war klar, dass es, wenn man Hagenplatz eine Zwischenkundgebung macht, zum kompletten Stillstand des Aufzugs über Kilometer führt. Der Aufzug hatte in der

Spitze eine Länge von 5 000 Metern, und es hätte wirklich zu einer deutlichen Verdichtung geführt. Das war aber alles einvernehmlich. – Die Versammlung verlief fast vollkommen störungsfrei. Eine Ausnahme bildete eine kleinere Auseinandersetzung auf der Autobahn, bei der einzelne versuchten, die Stadtautobahn Richtung Norden zu befahren. Ein Teilnehmer zündete dabei einen Nebeltopf an, stieß einen vorbeilaufenden Polizisten zu Boden und trat nach ihm. Bei der folgenden Festnahme solidarisierten sich dann 50 bis 100 weitere Teilnehmer, die teilweise die Einsatzkräfte mit Flaschen bewarfen. Bei seiner Zuführung zu einem Polizeifahrzeug leistete dann der Festgenommene erheblichen Widerstand und verletzte mehrere Einsatzkräfte. Eine Angehörige des Festgenommenen beleidigte die Beamten und bespuckte sie. – Das war eine Ausschreitung am Rande dieser sonst sehr friedlichen Versammlung.

Wir hatten dann eine Versammlung für die Wiederbelebung der Kultur- und Clubszene. Am Mittag zog dieser Aufzug vom Stralauer Platz in Richtung Kynaststraße. Wegen der hohen Zahl von 4 000 Teilnehmenden – auch hier: angemeldet mit 500, wir mussten mit 4 000 umgehen – musste der Demonstrationzug mehrmals angehalten werden, um den Teilnehmenden immer wieder die Möglichkeit zu geben, die Abstände einzunehmen und den Zug zu entzerren. Das haben die Versammlungsteilnehmer hier, anders als später in der 18-Uhr-Demo, sehr bereitwillig aufgenommen, haben sehr kooperativ dafür gesorgt, dass sie die Abstände wahren und die Hygienevorschriften einhalten, sodass dieser Aufzug friedvoll und, wie ich denke, unter Wahrung der Interessen aller zu Ende gebracht werden konnte.

Anders verhielt es sich dann – und das war ja Gegenstand der Medienberichte – mit der Demonstration zum Revolutionären 1. Mai: Auch diese Versammlung startete zunächst friedlich; das muss man sagen. Ab 16 Uhr konnte ein stetiger Zustrom zum Antrepletz auf dem Hermannplatz festgestellt werden. Allerdings wurden schon vor Beginn, also in der Ansammlungsphase, erstmals gegen 17 Uhr circa 2 700 künftige Teilnehmende durch polizeiliches Ansprechen auf die Hygieneregeln hingewiesen, weil die Abstände größtenteils nicht eingehalten wurden. Diese frühzeitige Ansprechen schon in der Ansammlungsphase entspricht dem regelmäßigen Vorgehen der Polizei Berlin bei großen Ansammlungen im Rahmen des Infektionsschutzes; das ist etwas, was wir regelmäßig tun, so auch hier. Zur Herstellung der Abstände wurde die Antreplefläche durch die Polizei wiederholt erweitert und dennoch trotz mehrmaliger Ansprache durch den Versammlungsleiter von den Teilnehmern nur teilweise genutzt. Man wollte nach vorne; man wollte auf dem Hermannplatz sein und sich nicht in erweiterte Räume begeben.

Um 17.28 Uhr begann dann die Versammlung mit weit über 5 000 Teilnehmenden. Abstände wurden weiterhin nicht eingehalten; die Räume, die die Polizei freigemacht hatte, wurden nicht genutzt. Um die Möglichkeit zu geben, Abstände einzuhalten, ließ Herr Katte den Aufzug dann um 18.38 Uhr loslaufen beziehungsweise forderte ihn nachdrücklich auf, nun in der Spitze loszulaufen, um Abstände und die Einhaltung der Hygienevorschriften zu ermöglichen. Er kündigte da bereits an – das wird er nachher vielleicht selbst ausführen –, dass dies erst mal nur der Entzerrung dient, er aber weiter die Abstände und die Maskentragpflicht im Auge hat und, wenn der nicht Rechnung getragen wird, zeitnah Maßnahmen ergreifen wird.

Während dann in den ersten beiden Blöcken – das konnte man auf vielen Bildern wunderbar sehen – nahezu durchgängig Mund-Nasen-Bedeckungen getragen wurden, verstieß aber die Hälfte der Teilnehmenden dahinter trotz mehrfacher Aufforderung weiter konsequent gegen die Hygienevorschriften. Es wurde offensichtlich, dass der Versammlungsleiter keinerlei Ein-

fluss auf einen großen Teil dieser Teilnehmenden ausüben konnte, vor allem auf den hinteren Block. Hierbei handelte es sich augenscheinlich um Personen, die dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnen waren und sich selbst als Schwarzer Block bezeichnen. – Dazu vielleicht ganz kurz: Dieser Block hatte sich erst relativ kurzfristig überhaupt der Anmeldung der Demonstration angeschlossen. Nach unserer Beobachtung – auch dazu gleich noch Herr Katte – gab es aber gar keine innere Verbindung. Auch der Versammlungsleiter schien sich nicht wirklich verantwortlich für diesen Teil der Versammlung zu fühlen. Es scheint aus unserer Sicht denkbar, dass der Schwarze Block lediglich – wie wir das nennen – Deckungsmasse in dieser Versammlung gesucht hat, da die Teilnehmer aus diesem Schwarzen Block keine eigene Versammlung organisieren konnten.

Da auch knapp eine Stunde nach dem Start der Versammlung und trotz zig Aufforderungen in keiner Weise die Hygienevorschriften eingehalten wurden, entschied sich der Polizeiführer gegen 19.30 Uhr zum Ausschluss der genannten Teilnehmenden aus dem hinteren Bereich. In der Folge kam es dann ab 20.15 Uhr von diesen Versammlungsteilnehmenden zu massiven Angriffen auf die eingesetzten Kräfte in Form von Stein- und Flaschenwürfen sowie Inbrandsetzungen. Aus meiner Sicht diente dieses ganz offensichtliche Nichteinhalten der Hygienevorschriften womöglich der bewussten Eskalation an diesem Punkt. Es ist nicht ganz auszuschließen, dass man eine Auflösung durchaus provozieren wollte, denn es ist, wie gesagt, mittlerweile bundesweit bekannt, dass die Polizei Berlin konsequent gegen Hygieneverstöße vorgeht. Es ist auch denkbar, das nur am Rande angemerkt, dass man bereits zu Beginn eskalieren wollte, da man wusste – jetzt zitiere ich aus entsprechenden Blogs –, in Kreuzberg

warten ohnehin nur Gitter und am Oranienplatz – dem eigentlichen Endpunkt der Demo – zwei dutzend Wannenbesatzung und Beleuchtungswagen.

– Zitat Ende. – Herr Katte hat als PF, dazu wird er noch ausführen, mit seinem umfassenden Konzept in Kreuzberg dafür gesorgt, dass die Flächen des alten Myfests freigehalten wurden, um zu vermeiden, dass die 18-Uhr-Demo hier, an ihrem Endplatz, in eine mit Menschen überfüllte Fläche hineingerät und aus der Menge dann wie früher ständig schwere Straftaten verübt, vielleicht bis tief in die Nacht hinein.

Aufgrund der sich jetzt so entwickelnden Situation in Neukölln und der Tatsache, dass der Versammlungsleiter selbst aus der Versammlung heraus angegriffen wurde, beendete er von sich aus um 21.05 Uhr den Aufzug. Der Zeitraum von 20.15 bis 21.45 Uhr war geprägt von massiven Angriffen gegen die Polizeikräfte: Es flogen Flaschen und Steine, und es kam zu körperlichen Auseinandersetzungen und dem Entzünden von Feuern. – Ich denke, das haben Sie alle verschiedensten Medienberichten entnommen. – Es folgten 90 Minuten deutlicher Gewalt; 90 Minuten, in denen über 70 Kolleginnen und Kollegen, die dieser Gewalt sehr deutlich begegnet sind, verletzt wurden. – Das ist für mich, ganz ehrlich, nur schwer zu ertragen. Es entspricht aber leider dem Bild der letzten PKS, die wir in der letzten Sitzung hier besprochen haben und in der deutlich wurde, dass bei einer Steigerung der Versammlungen um nur 4,5 Prozent im letzten Jahr die Angriffe auf die Polizei um 150 Prozent zugenommen haben; ich denke, das zeigt auch dieser 1. Mai wieder. Diese zunehmende Gewaltbereitschaft hat sich am Samstag genau in diesen 90 Minuten sehr deutlich entladen.

Dieser Gewalt wurde, wie gesagt, polizeilicherseits konsequent entgegengetreten. Insgesamt konnten wir in dieser kurzen Zeit circa 90 Freiheitsentziehungen durchführen. Von den

71 verletzten Kollegen – lassen Sie mich das noch anschließen – traten vier vom Dienst ab, darunter einer mit einer Fraktur. In 74 Fällen handelt es sich um Prellungen, in 8 um Wunden und in 4 um Ausrenkungen und Zerrungen, und jeder einzelne und jede einzelne ist einer zu viel. – Viele der begangenen Straftaten wurden von den eingesetzten Kräften dennoch sehr gut dokumentiert, sodass in Absprache mit der Staatsanwaltschaft 39 der festgenommenen Personen einem Haftrichter vorgeführt werden konnten. Von diesen 39 festgenommenen Personen wurden 12 Personen im Zusammenhang mit dem Einsatzgeschehen einem Haftrichter vorgeführt, 3 Personen erhielten einen Untersuchungshaftbefehl, zweimal wegen besonders schweren Landfriedensbruchs und einmal wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. – Das ist vielleicht doch ein beeindruckendes Ergebnis. – Den über 70 verletzten Kolleginnen und Kollegen wünsche ich von hier aus eine schnelle Genesung und eine gute Besserung.

Ab 21.45 Uhr – wie gesagt, nach 90 Minuten – trat eine deutliche Lageberuhigung ein, die die Polizei durchgesetzt hatte, sodass Lautsprecherdurchsagen zu bestehenden Ausgangssperren umgesetzt wurden. Verbliebene Versammlungsteilnehmende wurden gezielt angesprochen, sich jetzt nach Hause zu begeben. Auch das haben wir deutlich durchgesetzt; auch das war unser Auftrag: klar die Ausgangssperre durchzusetzen. – Ab 21.45 Uhr, 22 Uhr trat Ruhe ein. Ich denke, das ist ein ganz entscheidender Unterschied zu den 1. Mai in manchen anderen Jahren. Deswegen haben mich manche Äußerungen etwas irritiert, dass es die schlimmsten Ausschreitungen in den letzten Jahren waren. Das kann ich vor dem Hintergrund nicht ganz nachvollziehen. Außerdem möchte ich empfehlen, der jetzt kursierenden Erzählung der gewaltbereiten linksextremistischen Szene nicht aufzusitzen, eine enorme Widerstandsmobilisierung erreicht und Straßenbarrikaden errichtet zu haben. Das trifft schlicht nicht das, was wir in den 90 Minuten der deutlichen Gewalt gesehen haben; aber das hat mit den früheren massiven Ausschreitungen in Kreuzberg nicht unbedingt etwas zu tun. – So weit vielleicht zum Geschehen bei der 18-Uhr-Demo.

Lassen Sie mich abschließend – auch dem konnten wir aufgrund der Konzepte, wie sie vom Polizeiführer erstellt worden waren, gerecht werden – zur Kontrolle und Durchsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen im sonstigen Stadtgebiet noch etwas sagen: Ab 22 Uhr haben wir uns komplett diesem Thema zuwenden können. Wir konnten insbesondere im Treptower Park dann 1 200 Personen im Zusammenhang auflösen, die wir dort angetroffen haben. Da wurde Musik abgespielt; die Personen wurden angesprochen und verließen dann den Ort; im Mauerpark ebenso um 22.09 Uhr, 500 Personen. Auch in der Hasenheide – darauf wurde ich persönlich angesprochen – waren die Kollegen und haben für Ruhe gesorgt.

Lassen Sie mich abschließend von hier aus Herrn Katte am anderen Ende des Saals als Polizeiführer und seinem Team in der Befehlsstelle – ohne die geht es nie – und allen Kolleginnen und Kollegen aus den unterstützenden Ländern, der Bundespolizei, aber auch meiner Polizei Berlin danken für das enorme Engagement bei der Bewältigung dieses 1. Mai 2021! – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Herr Katte! Haben Sie noch Anmerkungen zu machen? – Dann haben Sie jetzt das Wort. Bitte!

Stephan Katte (Polizei Berlin; Leiter Direktion Einsatz/Verkehr): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für die Gelegenheit, noch ein paar ergänzende Eindrücke aus meiner Sicht zu dem Verlauf des 1. Mai wiedergeben zu können! – Ich

will jetzt nicht so sehr auf den gesamten Tagesverlauf eingehen; dazu ist hier schon eine Menge gesagt worden, und dass unter dem Strich die Bilanz eben so ist. Aber von Interesse ist hier insbesondere das, was sich rund um den sogenannten 18-Uhr-Aufzug rankt.

Ich will vorweg sagen: Ich bin gestern aus unterschiedlichsten Ecken und Enden – man hat ja so seine Kontakte – gefragt worden, ob ich mit dem Verlauf und insbesondere mit dem neuralgischen Zeitraum zufrieden bin. – Ich halte die Formulierung „zufrieden“ an dieser Stelle für nicht angebracht und falsch. Ich kann angesichts der hohen Anzahl von Straftaten, von Ausschreitungen, von Festnahmen und verletzten Kolleginnen und Kollegen nicht zufrieden sein. Damit kann man nicht zufrieden sein, und ich bin es auch nicht. Ich bin allerdings angesichts des Verlaufs mit der Frage, wie wir es gemacht und dass wir es gemacht haben – dazu komme ich gleich noch im Einzelnen – schon zufrieden und auch überzeugt davon.

Ich werde jetzt meine Ausführungen ein Stück weit auf den Verlauf dieses 18-Uhr-Aufzugs konzentrieren: Es ist angesprochen worden, dass wir gegen 16 Uhr die Antrephase am Hermannplatz hatten und wir zur gleichen Zeit aber auch schon im Raum Kreuzberg, am alten Myfestgebiet gestanden haben. Der Hintergrund ist, dass die Wegstrecke des 18-Uhr-Aufzugs durch Neukölln rüber nach Kreuzberg über die Wiener Straße und die Oranienstraße zum Oranienplatz führen sollte. Es ist auch unsere Aufgabe, eine Wegstrecke für einen Anmelder, für eine Versammlung frei zu halten, und wer die Bilder aus dem letzten Jahr in Erinnerung hat und gesehen hat, wie voll gegen 16, 17, 18 Uhr der Raum Oranienstraße, Skalitzer Straße, Wiener Straße mit Menschen war, weiß, dass es unter den aktuellen Bedingungen aus Hygieneschutz nicht vertretbar gewesen wäre, einen Aufzug mit mehreren Tausend Menschen in einen schon völlig überfüllten Bereich zu führen. Insofern war mir daran gelegen, diesen Bereich frei zu halten und ein Stück weit vorzusortieren. Das ist uns über den gesamten Tag und Abend so weit gelungen.

In der Antrephase am Hermannplatz war schnell erkennbar, dass die Fläche für die Menge der sich dort einfindenden Teilnehmenden nicht reichen würde. Wir hatten im Vorfeld bereits mit dem Anmelder darüber gesprochen, dass wir die Hasenheide als erweiterten Bereich zur Verfügung stellen. Auch das hat nicht gereicht, sodass ich dann im weiteren Verlauf gesagt habe, er möge sich schon mal in Richtung Aufzugstrecke, Karl-Marx-Straße Richtung Rathaus Neukölln, ausweiten und schon mal loslaufen. Nach wiederholten Ansprachen ist das auch ein Stück weit gelungen, was zur Entzerrung der Abstände beigetragen hat. – Es ist richtig, dass aus meiner Wahrnehmung heraus von einem weit überwiegenden Teil Mund-Nase-Bedeckungen von den Teilnehmenden dieses Aufzugs getragen wurden, nahezu vollständig, andererseits allerdings die Abstände eben, wie schon angedeutet, so nicht eingehalten werden konnten.

Der Beginn des Loslaufens war ein Stück weit davon geprägt, dass der Anmelder auch gegen 18, 18.30 Uhr noch nicht loslaufen wollte, sondern wiederholt darum bat zu warten, woraufhin ich mit ihm in die Verhandlung getreten bin zu sagen, ich muss jetzt mit ihm loslaufen, und meine eindringliche Bitte ist, dass er auch losläuft, weil einzig und allein das dazu beitragen kann, ein bisschen mehr für die Abstände durch Entzerrung der Fläche zu sorgen. – Dem ist er dann nachgekommen, und jetzt zeigte sich über den weiteren Verlauf im Grunde genommen ein Stück weit die Zerrissenheit schon in der Organisation im Vorfeld bei der Durchführung dieser Versammlung: Der erste und zweite Block liefen los, entzerrten sich ein Stück weit, und dann kam dahinter fast 200 Meter nichts mehr, nur noch sehr vereinzelt mal ein

Versammlungsteilnehmender und dann nichts. Der dritte und der vierte Block verharrten am Hermannplatz, und aufgrund meiner Ansprache an den Versammlungsleiter, er möge sicherstellen, dass auch dieser Teil sich in Bewegung setzt, weil auch dort die Abstände nicht eingehalten wurden, war eine seiner ersten Aussagen, dass das nicht Teil seiner Versammlung wäre und er für die nicht zuständig sei. Daraufhin bat ich ihn, mindestens seine Lautsprecherwagen 3 und 4, die sich noch auf dem Hermannplatz befanden und Teil des dritten und vierten Blocks waren, nachzuführen, denn die wenigstens wären ja Teil seiner Versammlung. Das tat er dann auch mit der Folge, dass Block 3 und 4 sich ebenfalls in Bewegung setzten und die Karl-Marx-Straße entlangliefen.

Wie man es vielleicht aus den vergangenen Jahren kennt, ist dieser 18-Uhr-Aufzug, gerade dieser Block, nicht davon geprägt, Abstände zu halten, sondern eher umgekehrt sich eng umschlungen, teilweise sich hinter Transparenten versteckend, fast unterhakend durch den Raum zu bewegen. – So sah das Bild auf der Karl-Marx-Straße auch aus, und ich hatte im Vorfeld, als ich den Versammlungsleiter bat, jetzt loszulaufen, darauf hingewiesen, wenn er jetzt nicht loslaufen würde, wäre ich gehalten, seine Versammlung bereits am Hermannplatz aufzulösen. Deswegen kam er auch dem Loslaufen nach, nur der dritte und vierte Block zu dem Zeitpunkt – wie eben dargestellt – noch nicht.

Es gibt, glaube ich, zwei Punkte, über die medial immer wieder diskutiert wird, nämlich die Frage, „Warum überhaupt einen Block ausschließen?“, und wenn ja, „An welcher Stelle, und ist die Stelle überhaupt geeignet dafür?“ – Wenn wir uns die Wegstrecke vor Augen führen – über die Karl-Marx-Straße, dann in die Erkstraße rein, da ist auch ein Baustelle, dann am Abschnitt 54 vorbei in die Sonnenallee einbiegend, dann schon gleich in die Pannierstraße rein, wieder eine enge, schmale Straße mit einer Brücke rüber nach Kreuzberg mit Wasser, Landwehrkanal, dann kommt die Feuerwehrwache Wiener Straße und dann schon die Oranienstraße –, glaube ich, dass es im gesamten Verlauf dieser Aufzugsstrecke keinen wirklich optimalen Punkt für eine solche einschneidende Maßnahme gibt. Dass es eine einschneidende Maßnahme sein würde, war mir vollkommen bewusst. Sie können sicher sein, dass ich zu der Frage, ob wir diese Hygieneverstöße dort ahnden, von meinen Begleitern, aber auch aus meinem Führungsstab sehr wohl und umfassend beraten wurde, und immer wieder der Hinweis – da muss kein großer Hellseher sein –: Das wird aber irgendwie Stress geben! – Ja, dessen ist man sich durchaus bewusst; bin ich mir bewusst.

Auch hier die Frage: Wie lange lasse ich es laufen, um genau diesen Stress zu vermeiden? – Wenn ich ihn die Wegstrecke hätte weiter verfolgen lassen, hätte ich über die gesamte Dauer die Hygieneverstöße und die Abstandsregelungen nicht hinbekommen. Was wir aus Aufzügen vergangener Jahre kennen, ist, dass wir hier und da Dinge aushalten und erst in der Abstromphase ahnden. Da reden wir beispielsweise über Vermummung, vielleicht auch das Abbrennen von Pyrotechnik. Das halte ich für vertretbar und für die richtige Verfahrensweise. Bei der Durchsetzung von Hygieneschutz kann das allerdings nicht greifen, weil der sich in jeder Minute des gemeinsamen und auch engen Zusammenstehens einfach fortsetzt, sodass hier aus meiner Sicht schon ein unmittelbares Eingreifen erforderlich ist und ich mich dazu entschieden habe in dem vollen Bewusstsein: Wenn man in diesen Aufzug – wir reden immerhin von dem Revolutionären Erster-Mai-Aufzug, 18-Uhr-Aufzug – in dieser Art und Weise reingeht, würde das nicht völlig unkommentiert bleiben. Dennoch halte ich es für richtig, es an dieser Stelle getan zu haben.

Wir waren auch mit der entsprechenden Begleitung des Aufzugs, mit den Kräften aufgestellt. Der erste und zweite Block standen zu dem Zeitpunkt bereits in der Sonnenallee, in der Fuldastraße, und seine Aussage – ich sagte es ja vorher –, dieser Teil wäre gar nicht sein Aufzug, änderte sich jetzt, weil er sich entschieden hatte, doch dort auf die Übrigen zu warten. Wir hatten ihn darauf hingewiesen, dass der dritte und vierte Block von uns aus dem Aufzug ausgeschlossen werden, und dahinter gab es noch ein paar, die durchaus an seinen Teil hätten aufschließen können, und er hätte seine Versammlung fortsetzen können. Aufgrund der sich dann entwickelnden Situation und der Dynamik und der Tatsache, dass der Versammlungsleiter selbst aus seiner Versammlung heraus angegriffen wurde, hat er um 21.05 Uhr selbst seinen Aufzug für beendet erklärt, und wir haben wie in allen anderen Fällen auch mit dem Durchmischen der Personen, der übrigen Versammlungsteilnehmenden begonnen, und da gab es sicherlich genau diese Phase der anderthalb Stunden, weil Sie eben mehrere Tausend Menschen – wie wir es auch an anderen Stellen wiederholt bereits erlebt haben – nicht auf Knopfdruck von der Straße, sozusagen nach Hause bekommen, sondern es braucht immer schon einen Moment, um die Situation wieder dem normalen Straßenbild zuzuführen. Diese Situation dauerte anderthalb Stunden.

Ich wiederhole es: Zufrieden mit dem Verlauf kann ich an der Stelle nicht sein. Mit der Tatsache, dass wir so gehandelt haben – auch mit Blick auf Vergleichbares in der Vergangenheit bei anderen Veranstaltungen und anderer Klientel –, halte ich es tatsächlich für richtig. Es ist uns am Ende gelungen, weil auch größere Personengruppen aus dem beendeten Aufzug versucht haben, Richtung Kreuzberg zu gehen, teilweise 500-er-, 800-er-Personengruppen, auch über die Brücken Richtung Kreuzberg zu gelangen, mit dem entsprechenden Brückenkonzept sicherzustellen, dass sie nicht als große Gruppe in den Bereich gelangen, sondern wenn, dann vereinzelt werden. Wir waren auch in dem alten Myfestbereich, der ja nicht menschenleer war; dort gab es Personen, auch im Umfeld, die in den Abendstunden gewartet und mal geguckt haben, was heute hier noch ankommt, ob sich der Aufzug dort einfinden wird. Dadurch, dass er selbst beendet hat, hat er seinen Endplatz eben nicht erreichen können. – So viel vielleicht erst mal zu den Ausführungen. Ich glaube, zu dem neuralgischen Teil, zu den anderen Dingen im Tagesverlauf stehe ich gern für Fragen zur Verfügung. Aber an der Stelle erst mal vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Katte! – Wir haben jetzt Wortmeldungen, und wir beginnen mit Herrn Woldeit. – Sie haben das Wort!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Katte, für die Ausführungen! Da weiß man gar nicht, wo man anfangen soll. Es ist hochinteressant, welche Mechanismen in dieser Stadt greifen und wie unterschiedliche Bewertungen vorgenommen werden. – Herr Katte, ich bedanke mich ausdrücklich noch mal bei Ihnen für Ihre Einsatzleitung in sehr schwierigen, kaum zu bewältigenden Situationen! Ich bedauere aufrichtig, dass es knapp 100 verletzte Polizisten gab; ich weiß nicht, wie Frau Polizeipräsidentin das in ihren Ausführungen auf 70 runtergerechnet hat. Meinem Kenntnisstand nach waren es 93.

Ich erinnere mich an die Lagebesprechung, an die Einsatzunterrichtung der Senatsinnenverwaltung am Mittwoch vor dem Demowochenende zum 1. Mai. – Herr Katte, vielleicht habe ich mich geirrt, aber ich habe Ihrem Gesichtsausdruck und Ihren Äußerungen entnommen, dass Sie eine gewisse Anspannung in sich trugen, was angesichts des bevorstehenden Einsatzgeschehens nachvollziehbar ist. Sie haben die Kräfte analysiert, einen Vergleich zu 2020

gezogen, wo man die Umstände gar nicht oder kaum vergleichen kann, weil es 2020 so gut wie keine Versammlungen gab, und ich war von der Bewertung der politischen Führung sehr überrascht. Wenn man eine Einsatzbeurteilung im Vorfeld macht, dann bewertet man Risiken, Herausforderungen und Gefahrenlagen. Es war am Mittwoch schon bekannt, dass es vier Blöcke gibt, die im Rahmen der Revolutionären Erster-Mai-Demo aufmarschieren werden: Antifa, Migrantifa und andere.

Im Übrigen möchte ich mir gar nicht vorstellen, wie sich ein Einsatzleiter fühlt, der hier im Innenausschuss ist, der in seiner Verantwortung 93 verletzte Polizisten durch einen linksterroristischen Mob zu ertragen hatte, wenn eine Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen ihren Laptop mit einer Antifa-Flagge darauf aufschlägt. – Ich finde das unerträglich, Frau Tomiak; das ist etwas, was an Geschmacklosigkeit kaum zu überbieten ist.

In der Gesamtbetrachtung muss ich feststellen, dass es seitens der politischen Führung in diesem Land Berlin offenbar ganz unterschiedliche Herangehensweisen und ganz unterschiedliche Bewertungen gibt, was für eine gute Sache ist und was für eine nicht gute Sache ist. Und der 1. Mai ist ja traditionell ein Feiertag der Linken, der Arbeiter für Gerechtigkeit; hier wurde im besonderen Maß die Situation des Mietens in Berlin herausgehoben. Interessante Postings habe ich auch vom Öffentlich-rechtlichen vernommen; wenn sogar das ZDF – der Tweet ist mittlerweile gelöscht, aber die Screenshots sind gesichert – versucht, Verständnis für Gewalttäter zu formulieren, weil eine schwierige Mietsituation ist, fasse ich mich an den Kopf.

Ich habe mir die Auswertungsberichte der Versammlungslage vom 28. bis 30. August noch mal zu Gemüte geführt. Ich habe mir die Einsatzunterlagen der Berliner Polizei zu Gemüte geführt. Ich kann daraus nicht zitieren, weil sie VS-NfD eingestuft sind, aber man kann da schon abschätzen, inwieweit man ganz unterschiedlich verfährt: Zum 1. Mai setzt die Polizeipräsidentin ihre größten Sorgen zu einer Querdenkerdemo der linksextremen Szene in Lichtenberg. Ich habe sie mir angesehen, und im Großen und Ganzen war das eine friedliche Veranstaltung, und genauso wie ich das Recht dieser linksradikalen Coronagegner respektiere, genauso respektiere ich es, wenn im Sommer letzten Jahres Leute auf die Straße gehen, die sich als Regierungskritiker Querdenker nennen. Das ist nicht meine Klientel, aber wenn man auf die Straße geht und die Regierungsmaßnahmen kritisiert, ist es das gute Recht eines freien Bürgers, sich friedlich unter freiem Himmel zu versammeln und das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen. Die anhängigen Gerichtsurteile, die noch ausstehen, werden zeigen, ob der eine oder andere vielleicht im Rahmen des verfassungsmäßigen Handelns recht gehabt hat.

Wir haben im Nachgang der Demonstrationen am 28. und 29. August 58 verletzte Polizeibeamte beklagt. Es wurde vollkommen zu Recht hervorgehoben, dass es nicht sein kann, dass dort Gewalttätigkeiten gegenüber Polizisten stattfinden. Das war auch der Schwerpunkt der nachbetrachtenden Beratung. – Im Rahmen von parlamentarischen Anfragen stellte sich übrigens heraus, dass diese 58 verletzten Polizisten nicht durch irgendwelche Reichsbürger oder Verschwörungstheoretiker verletzt wurden, sondern ausschließlich durch Menschen aus der linksextremen Szene. Das wurde hier aber nicht beraten. Jetzt konnte man es gar nicht mehr verschweigen, dass es aus einer gewissen Klientel herauskommt.

Herr Senator! Sie sagen, Sie treten für Haltung ein. Sie werden zitiert: Wenn es der gerechten Sache dient, dann stellen Sie sich auch Seite an Seite mit radikalen Kräften. Hier greifen mit Ihnen und der Aussage Ihrer Polizeipräsidentin Mechanismen, „es war ja weitgehendst friedlich“. – Sie haben sicherlich die Tweets der Direktion Einsatz verfolgt, wie ich das auch gemacht habe. Das ist nicht weitgehend friedlich. Das sind 90 Minuten Mob und Gewalt, und das muss auch so benannt werden. Herr Senator, Sie waren mit Sicherheit niemals beim Militär und bei der Polizei ohnehin nicht, und wenn Sie in einer Auseinandersetzungsgewaltlage waren – – Ich finde interessant, dass Sie darüber schmunzeln, Herr Senator! Stellen Sie sich mal vor, Sie sind in einer Gewaltlage, in einem Gefecht oder Ähnlichem – wissen Sie, wie lange da 90 Minuten sind, Herr Senator? – Da kommt Ihnen eine Minute vor wie Stunden, und das Ganze mit Brandsätzen, mit Flaschen- und Steinwürfen und Ähnlichem. Ich lasse es nicht zu, dass Sie nach wie vor gute Demonstrationen und schlechte Demonstrationen unterteilen wollen. Gewalt ist immer abzulehnen, und da gibt es auch keine horrende Maßnahme nach dem Motto „Es ist ja für die gute Sache.“ – Nein, das lasse ich Ihnen nicht durchgehen, diese Bigotterie lasse ich Ihnen auch nicht durchgehen!

Sie sollten sich überlegen, inwieweit Ihre Aussagen Sie irgendwann mal einholen. Wenn ich mir überlege, wie dilettantisch Sie im letzten Jahr versucht haben, Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu unterdrücken und zu verbieten, und in diesem Jahr nicht mal auf die Idee kamen, angekündigte gewalttätige Proteste im Vorfeld zu unterbinden – das Ganze auf dem Rücken der Polizei, die mit nur unwesentlich mehr Kräften ausgestattet war als 2020 ohne Versammlungen. Sie sind Ihrer politischen Verantwortung hier nicht gerecht worden, Herr Senator, in keinsten Weise. – Ich wünsche mir, dass möglichst viele Leute die Beratung hier verfolgen; ich habe reichlich dafür geworben. – [Anne Helm (LINKE): Ach, deswegen!] – Ich werbe für Teilhabe am demokratischen Prozess, Frau Helm! Sie werben für Teilhabe an linksextremen Veranstaltungen – auch hochinteressant! Ihre Nähe zur interventionistischen Linken ist doch nicht unbekannt, oder? – Herr Senator! Hören Sie auf mit der Bigotterie in gute und schlechte Haltung! Seien Sie der Hüter von Versammlungs- und Meinungsfreiheit! Unterbinden Sie linksextremistische Strömungen! Hören Sie auf mit Ankündigungen und irgendwelchen Schaufensterdingen! Setzen Sie Recht und Gesetz durch! Das ist Ihre Aufgabe, und sollten Sie das nicht machen, dann übernehmen Sie ein andere. – Ich danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat jetzt Herr Dregger das Wort.

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst der Polizei für Ihren Einsatz in der sehr schwierigen und wieder schwieriger gewordenen Lage danken, und ich möchte den 93 verletzten Polizeibeamten von Herzen schnelle und vollständige Genesung wünschen! – Dieser 1. Mai und das, was sich da abgespielt hat, ist kein Sieg, sondern eine Niederlage des Rechtsstaates. Drei Haftbefehle an-

gesichts von 93 verletzten Polizeibeamten sind eine Niederlage des demokratischen Rechtsstaats und seiner Wehrhaftigkeit.

Mir ist völlig unbegreiflich, wie Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, in den Beratungen zum ASOG und zum Versammlungsfreiheitsgesetz – – [Niklas Schrader (LINKE): Das wieder! Wieder die Rede vom letzten Mal!] – Ich würde Ihnen wirklich vorschlagen, wenn Sie schon nicht selbstkritisch sind, dass Sie einfach mal zuhören, so wie wir Ihren Reden auch zuhören. Ich finde Ihr Verhalten unangemessen. Es ist geradezu dümmlich, dass Sie nicht in der Lage sind, Ihre Ohren mal aufzuklappen! – Wir haben über den Unterbindungsgewahrsam im Rahmen der ASOG-Novelle diskutiert. Ich frage mich, warum die stadtbekanntesten Gewalttäter, die jedes Jahr wieder am 1. Mai Polizeibeamte angreifen – und dabei gibt es eine erkleckliche Zahl von Personen, die bekannt sind, weil sie Wiederholungstäter sind –, nicht vor dem 1. Mai in Unterbindungsgewahrsam genommen werden können. Sie haben das abgelehnt, und Sie tragen die Verantwortung, dass diese Gewalttäter weiterhin Gewalt verüben und Polizeibeamte verletzen können. Ich halte das für völlig unverantwortlich, und ich kann Ihre Betroffenheitsadressen an die Polizei nicht mehr hören, die Sie jedes Jahr hier absondern, weil Sie nämlich keine politischen Konsequenzen daraus ziehen, weil Sie nicht bereit sind, der Polizei die Mittel an die Hand zu geben, um Derartiges zu verhindern. Sie nehmen diesen Linksterror in Kauf. Sie haben es abgelehnt, den Unterbindungsgewahrsam unseren Vorschlägen entsprechend zu verschärfen. Sie haben ihn schwächer gemacht; Sie haben ihn im Grunde unanwendbar gemacht. – Das ist nur ein Beispiel.

Die zweite Bemerkung, sehr geehrter Herr Innensenator: Dass wir uns bei den Friedliebenden bedanken müssen, weil sie friedlich geblieben sind, ist eine Umkehrung der Normalität. Friedlich zu sein, ist eine Selbstverständlichkeit, und jeder, der nicht friedlich ist und für den das nicht selbstverständlich ist, lebt nicht in diesem demokratischen Rechtsstaat, sondern außerhalb und muss das zu spüren bekommen. – Nächste Anmerkung: Wir alle erleben in den politischen Diskussionen der letzten Wochen und Monate eine ungeheure Aufheizung der Stimmung. Wir erleben es selbst: Wir selbst werden angegriffen; Abgeordnetenbüros werden angegriffen – nicht nur Abgeordnetenbüros, auch Polizeibeamte; das haben wir ja erlebt. Aber nicht nur das: Es ist nicht nur das altbekannte Phänomen, dass es einige Irrsinnige offenbar zum Sport machen, Polizeibeamte anzugreifen, sondern wir nehmen alle eine Radikalisierung in der politischen Diskussion wahr – in den sozialen Netzwerken, aber auch darüber hinaus.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, ob Sie hier in der Lage zu Selbstkritik sind und inwieweit Sie selbst dazu beigetragen haben. Ihre Politik des Aufhetzens von Mietern gegen Vermieter in dieser Stadt – nicht nur durch das gescheiterte, verfassungswidrige Mietendeckelgesetz, für das ja Herr Innensenator als Verfassungssenator ebenso Mitverantwortung trägt – hat Erwartungen geschürt, die nicht ansatzweise erfüllt werden konnten, und Enttäuschungen hervorgerufen. Diese Enttäuschungen entladen sich bei einigen durchgeknallten Antidemokraten durch Gewalt. Sie haben zur Aufheizung der Stimmung beigetragen, und jetzt gibt es auch noch politische Akteure in diesem Saal, die dieses Enteignungsvolksbegehren vorantreiben, die genauso Stimmung machen im Sinne des alten Klassenkampfes gegen Eigentümer, gegen Vermieter, und die diese Stadt spalten und den politischen Brandsatz für das setzen, was sich am 1. Mai gegen unsere Polizeibeamten entlädt. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie mal ein bisschen selbstkritisch mit Ihrem Vorgehen umgehen.

Nächste Bemerkung: Ich habe heute Morgen einen anonymen Brief von Bereitschaftspolizisten der Berliner Polizei bekommen, aus dem ich mit Genehmigung des Herrn Vorsitzenden gern einige Passagen zitieren möchte. – [Zurufe von Sven Kohlmeier (SPD) und Niklas Schrader (LINKE)] – Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege, aber ich schlage vor, dass ich einfach fortfahre und Sie gut zuhören. – Ich bitte übrigens darum, dass wir ein Wortprotokoll über diese Aussprache anfertigen, damit nachträglich lesbar ist, wer sich hier wie eingelassen hat.

Vorsitzender Peter Trapp: Darf ich ganz kurz die Mitglieder dieses Ausschusses fragen, ob sie ebenfalls für ein Wortprotokoll sind? – Das werden wir dann so umsetzen. – Bitte!

Burkard Dregger (CDU): Danke schön, Herr Vorsitzender! – [Zurufe] – Sie haben Angst vor der Dokumentation dessen, was hier gesagt wird! – [Sven Kohlmeier (SPD): Das können Sie doch im Internet nachgucken!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Jetzt haben Sie das Wort, Herr Dregger!

Burkard Dregger (CDU): Also ich habe jetzt vernommen, wir machen das. Danke schön dafür! – Ich zitiere jetzt mit Genehmigung des Vorsitzenden:

Sehr geehrter Herr Dregger! Wir wenden uns mit der Bitte an Sie den folgenden Brief in den Innenausschuss und in die Öffentlichkeit zu tragen, da durch das politisch motivierte Handeln oder vielmehr Nichthandeln der Polizeiführung bei polizeilichen Lagen im linken Spektrum unsere Gesundheit und teilweise unser Leben gefährdet wird ...

Wir sind eine Gruppe von Bereitschaftspolizisten, die zunehmend den Eindruck gewinnt, dass wir immer mehr als politische Vollstrecker missbraucht werden, anstatt auf dem Boden der Verfassung den Rechtsstaat jedem gegenüber gleich durchzusetzen, egal welchem politischen Spektrum diese Person zuzuordnen ist.

Ich überspringe jetzt Passagen, weil ich Ihnen nicht alles vorlesen will. Ich kann Ihnen das aber gern im Anschluss an die Sitzung vollständig zur Verfügung stellen. Ich übergebe das dem Vorsitzenden, damit Sie es alle vollständig haben. – Ich möchte einige Zitate dennoch vorlesen, weil sie für unsere Diskussion und Bewertung von Bedeutung sind. Es geht jetzt natürlich um die linksextremistische Gewaltdemo um 18 Uhr:

Gegen 18:00 Uhr kamen Funkmeldungen, dass sich mehrere tausend, teils stark alkoholisierte, zukünftige Teilnehmende der „Revolutionären 1. Mai Demo“ im Bereich des Hermannplatzes in Nord-Neukölln befanden. Beamte der zeitgleich eingesetzten Fachdienststelle zur Bekämpfung von Linksextremismus des Landeskriminalamts zählten ca. 800 Personen, die dem gewaltbereiten, und ca. 200 Personen, die dem gezielt gewaltsuchenden linken Spektrum zuzurechnen sind, im Bereich des Hermannplatzes. Diese Zahlen stiegen im Verlauf des Abends ...

Als es im Verlauf der „Revolutionären 1. Mai Demo“ zu den erwarteten gewalttätigen Ausschreitungen der demonstrierenden Linksextremisten kam (Flaschen- und Steinwürfe auf eingesetzte Polizeikräfte, Errichten und In-Brand-Setzen von Barri-

kaden, massive Sachbeschädigungen an Polizeifahrzeugen, Missbrauch von Notrufen, Entleeren von Feuerlöschern und vieles mehr) wurden zwar Polizeikräfte aus anderen Teilen der Stadt herangezogen, aber nicht sinnvoll eingesetzt.

Diverse Kräfte baten über Funk um Unterstützung, diese wurde aber teilweise nicht oder nicht in ausreichender Menge entsandt. So waren ganze Gruppen und Züge der eingesetzten Hundertschaften, gezwungen, sich zurückzuziehen. Das wirklich dramatische hierbei war, dass bereitgehaltene Wasserwerfer zwar herangezogen, jedoch auf Weisung des Führungsstabs des Polizeiführers nicht eingesetzt wurden, obwohl Kollegen teilweise über Funk um Hilfe schrien.

Ich begnüge mich hiermit. Hier gibt es noch einen Satz, den ich gern vortragen würde:

Am 1. Mai musste der Rechtsstaat sich sprichwörtlich zurückziehen und fast einhundert Kollegen wurden zum Teil schwer verletzt, nur weil die Einschreitschwelle gegen linke Kriminelle in dieser Stadt deutlich höher angesiedelt ist, als für jeden anderen Kriminellen.

– Zitat Ende. – So viel aus dem Brief, den ich Ihnen, Herr Vorsitzender, gern übergeben will.
– In diesem Zusammenhang möchte ich gern eine Bewertung wissen, wie es dazu kommen konnte, dass 93 verletzte Polizeibeamte zu beklagen sind, Wasserwerfer nicht zum Einsatz gekommen sind. Es gibt hier noch einen Hinweis, dass die Alarmhundertschaften der örtlichen Direktion sehr frühzeitig wieder aus dem Dienst entlassen worden sind, hingegen aber Einsatzhundertschaften, die durchaus erfahren und solchen Lagen gewachsen sind, nicht am richtigen Ort des Geschehens eingesetzt waren. Hier wird also vorgetragen: Wenn die Alarmhundertschaften im Dienst gehalten gewesen wären, wäre es einfacher gewesen, Einsatzhundertschaften zur Ersetzung der bedrängten Kollegen im kritischen Zeitpunkt zu entsenden. – Wir müssen jetzt hier diskutieren, wie es kommen kann, dass verfügbare Kräfte nicht eingesetzt werden, warum Wasserwerfer nicht eingesetzt werden und warum damit das schale Bild entsteht, dass Wasserwerfer in den letzten zwölf Monaten nur gegen bestimmte Leute eingesetzt worden sind, und gerade nicht gegen die ersten Gewalttäter in dieser Stadt.

Es ist außerordentlich schädlich für die Integrität der Verwaltung und der Polizei, wenn auch nur der – im Ergebnis möglicherweise falsche – Eindruck entsteht, dass hier mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. Wenn Bereitschaftspolizisten mir das aufschreiben, dann kann ich das nicht ignorieren, dann muss das hier zur Sprache kommen, und dann möchte ich darauf dringen, dass hier mal jeder die Hosen herunterlässt und ehrlich sagt, was Sache gewesen ist. – So weit erst mal in der ersten Runde. Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Fresdorf!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Der 1. Mai war sicherlich ein Mammutprogramm für die Berliner Polizei, und ich möchte mich an der Stelle dem Dank an die Berliner Polizistinnen und Polizisten, die da ihren Dienst getan haben, anschließen und von dieser Stelle aus allen, die verletzt wurden, eine schnelle Genesung und vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit wünschen. Ich finde es nicht hinnehmbar – das sage ich Ihnen ganz klar –, dass Polizisten im Einsatz verletzt werden und als Ziel von Angriffen gehalten müssen.

Es bewegt mich sehr, was Kollege Dregger eben vorgelesen hat. Man muss bei anonymen Briefen immer etwas vorsichtig sein, aber man stelle sich die Situation vor, dass Einsatzkräfte der Berliner Polizei verzweifelt um Hilfe rufen, und es kommt keiner. Das ist eine Situation, die man niemandem wünscht, und wer die Demonstration verfolgt hat – da gab es verschiedene Möglichkeiten, sich über Live-Angebote im Internet einen Überblick zu verschaffen, Bilder zu sehen –, hat Lagen gesehen, die verzweifelt aussahen: Immer wieder Rückzug von einzelnen Einsatzkräften, die von Demonstranten umringt waren, die sie mit Steinen und Flaschen bewarfen. – Ich fand das erschütternd, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, und wenn es dann noch Menschen gibt, die dafür eine Rechtfertigung suchen, sei es ein falscher Ort der Auflösung oder Ähnliches, habe ich dafür überhaupt kein Verständnis. Gewalt gegen Einsatzkräfte ist nicht hinnehmbar und gehört nicht in diese Stadt. Wer diese ausübt, ist nicht auf dem Boden des Grundgesetzes, des Rechtsstaats, und wer dies verteidigt, ebenso nicht.

Was mich interessiert – und wir wollen ja nicht nur Statements haben, sondern auch ein paar Fragen beantwortet, und da möchte ich der Erste sein, der diesen Reigen eröffnet – ist unter anderem, welche Auflagen im Vorfeld gegen bekannte Gewalttäter auferlegt, ausgesprochen wurden. Gab es im Vorfeld zu diesen Demonstrationen am Ersten Mai Gefährderansprachen? Wenn ja, wie viele? – Mich interessiert auch die Abwägung über die Durchführung dieser Veranstaltung oder Versammlung: In Ihrem Demonstrationsfreiheitsgesetz haben Sie das Thema des öffentlichen Friedens eingeführt. Im Vorfeld gab es klare Erkenntnisse – und hier würde ich gern etwas über die Aufklärungslage im Vorfeld hören –, dass es Gewalt aus dem vierten und dritten Block geben könnte und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit geben wird. – Inwiefern wäre hier dieser unbestimmte Rechtsbegriff des öffentlichen Friedens geeignet gewesen, eine solche Versammlung von Vorneherein zu unterbinden, da es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu Straftaten im Lauf dieser Versammlung kommen würde? Und wenn dem so war, dass diese Erkenntnisse vorlagen – warum wurden dann diese Versammlungen überhaupt zugelassen? – Die Bilanz liegt auf dem Tisch: Knapp 100 verletzte Polizistinnen und Polizisten, allein bei der 18-Uhr-Demo über 70; jeder einzelne ist zu viel.

Wir haben heute noch das Thema Al-Quds-Marsch auf der Tagesordnung, und ich bin sehr dankbar dafür, dass er dieses Jahr nicht stattfindet; ein unerträglicher Aufmarsch von Antisemiten und Israel-Hassern. Aber wir haben erlebt, dass in der 18-Uhr-Demonstration antisemitische Rufe getätigt wurden. Ich wüsste gern, wie hiergegen vorgegangen wurde, wie viele Maßnahmen in diesem Zusammenhang durchgeführt wurden; auch das interessiert mich sehr. – Das Thema Hygienemaßnahmen, das Sie, Herr Katte, gerade bezüglich des dritten und vierten Blocks angeführt haben: Wenn man sich die Bilder anschaut – und wir haben sie ja alle gesehen –, hat man gesehen, dass auch im ersten Block gar keine Abstände groß vorhanden waren. Das Tragen von Masken war weiter verbreitet als weiter hinten, aber Abstände waren im Demonstrationzug überhaupt nicht wahrnehmbar; das war nahezu ein Schulter-an-Schulter-Marschieren. Da frage ich mich, warum es, nachdem es zu keiner Entzerrung kam, nicht schon früher zu einer Auflösung kam. Da interessieren mich einfach die Beweggründe. Sie haben ja deutlich gemacht, wie wichtig es der Berliner Polizei ist, Hygienekonzepte durchzusetzen und nachzuverfolgen. – Darum würde ich Ihnen gern hier den Raum geben, dies deutlich zu machen.

Im Großen und Ganzen, denke ich, können wir sagen, dass das ein sehr gemischter 1. Mai mit einem recht friedlichen Vormittag war, wobei man sagen muss: Wenn 20 Polizistinnen und

Polizisten am Vormittag und um den Mittag herum verletzt werden, ist es auch kein friedlicher Tag, wenn man mal ganz ehrlich ist. Das sind keine Kleinigkeiten; auch das sind Angriffe gegen Vollzugskräfte, die wir nicht hinnehmen können. Jede Gewalt ist ein bisschen zu viel. Aber das, was am Abend passiert ist, ist in keinster Weise zu verharmlosen, und ich denke, hier müssen wir gemeinsam klare Worte finden.

Ich habe gemerkt, wie nah das dem Senator gegangen ist, auch gestern in der Berliner „Abendschau“, als er von drei Millionen Polizeiführern sprach, und heute Morgen im Radio noch mal von Hobbypolizeiführern, die es wagen würden, hier Kritik zu äußern. Ich hoffe nicht, dass das gegen uns Abgeordnete gerichtet war, weil es ja unsere Aufgabe ist, Sie zu kontrollieren. – Wenn Sie den Kollegen Schrader adressieren wollten, Herr Geisel, dann machen Sie es direkt, das ist doch Ihr Koalitionspartner! Ich glaube, da haben Sie einen direkten Draht, und da muss man nicht drei Millionen Leute in Mithaftung nehmen. Dass Herr Schrader da gemeint war, war ja klar. Aber das muss, glaube ich, nicht so über den breiten Kamm geschoren werden. – Ich bin sehr gespannt auf Ihre Antworten und freue mich dann auf die zweite Runde.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Wild, Sie haben das Wort!

Andreas Wild (fraktionslos): Danke, Herr Vorsitzender! – Danke, Herr Katte, für Ihre Einschätzung! Zunächst möchte ich mich den Kollegen Woldeit und Dregger anschließen: Es ist nicht hinnehmbar, dass über 90 Polizeikräfte bei so einem Tag verletzt werden, der offenbar lange voraus als gewaltsamer Tag geplant war. – Über die Fragen von den beiden Kollegen hinaus würde ich gern wissen: Maskenauflagen für die Antifa ist irgendwie ein Witz, weil die Antifa dafür bekannt ist, dass sich verummummt. Also ist Maskentragen für die Antifa kein großes Hindernis, die Abstände schon eher.

Da wundert mich allerdings, dass Sie sagen: Wir haben als Polizei eine gewisse Toleranz gegenüber dem Einsatz von Pyrotechnik und gegen den Einsatz von Vermummung – wobei ich jetzt nicht genau weiß, was Vermummung mehr ist als Maskieren –, aber keine Toleranz würde geübt bei Verstößen gegen das Infektionsschutzgesetz. – Mir ist durchaus bekannt, dass es bei Pyrotechnik schon viele Verletzte gab. Inwieweit es Opfer durch nicht eingehaltene Abstände bei Demonstrationen gab, ist mir nicht bekannt; dazu würde ich ganz gern Ihre Einschätzung hören.

Dann noch eine Frage an den Innensenator: Gewahrsam von Wiederholungstätern wäre eine naheliegende Sache – warum wird das nicht gemacht? Und was ist mit den Wasserwerfern? Herr Kollege Dregger hat es schon angesprochen: Wie kann es sein, dass gegen eine Coronademo im Herbst Wasserwerfer eingesetzt werden, wo überhaupt keine Gewalt vorherrscht, aber hier bei den geplanten Gewaltdemonstrationen der Linken die Wasserwerfer nicht zum Einsatz kommen? Wie kann das sein? – Können wir uns vorstellen, dass es nach Heinrich Lummer noch mal einen vernünftigen Innensenator in Berlin gibt? – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Dann hat jetzt Herr Schrader das Wort. – Bitte, Herr Schrader!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – Ich möchte, damit es jetzt kein totales Ungleichgewicht gibt, am Anfang etwas zu dem gesamten Tag sagen: Ich finde es sehr gut und erstaunlich, dass es in Berlin in Zeiten der Pandemie so viele Versammlungen für eine sozialere

Politik gegeben hat und die Leute in Berlin damit kreativ und konstruktiv umgehen, dass das geht. Dass man mit bestimmten Regeln auf die Straße gehen kann, dass das viele Menschen gemacht haben, finde ich eine ziemlich gute Sache. Es war ein positives Signal für den 1. Mai als Tag der Arbeit.

Wenn wir zum Rest des Tages kommen, möchte ich als Erstes auf den Redebeitrag von Herrn Dregger zu sprechen kommen: Wenn Sie hier eine direkte Linie vom Mietendeckelgesetz zu bestimmten Gewalttaten ziehen, dann finde ich das schon ziemlich sportlich. Ich glaube, die Menschen in dieser Stadt sind wütend, und die Stimmung, insbesondere wegen der Mietenpolitik, ist aufgeheizt, weil gerade Sie, Herr Dregger, und die CDU seit Jahren im Bund eine soziale Mietenpolitik verhindern, weil Sie da sitzen, das verhindern und stattdessen die Millionen von der Immobilienlobby einsacken oder sich an Masken bereichern. – Das macht die Menschen wütend, und zwar zu Recht, und dafür sind am Samstag auch viele Menschen auf die Straße gegangen.

Dass da einige bei der 18-Uhr-Demo auf die Straße gehen, die aggressiv sind und Steine schmeißen oder Sachen anzünden, hat, glaube ich, nicht sehr viel mit dieser Wut zu tun, die in der Stadt herrscht; das machen die ohnehin. Aber dass Sie hier Wasserwerfereinsatz fordern, um die Menschen, die gegen Ihre unsoziale Politik auf die Straße gehen, von der Straße zu fegen, finde ich schon einigermaßen zynisch, und das zeigt, wie weit Sie sich von den sozialen Problemen dieser Stadt entfernt haben.

Es kommt ja immer ein bisschen die Diskussion auf: Darf man einen Polizeieinsatz nach so einer Nacht kritisch hinterfragen, darf man Polizeieinsätze kritisch hinterfragen? – Ich finde, natürlich darf man das, das ist unsere Aufgabe, da hat Herr Fresdorf völlig recht: Es ist unsere Aufgabe als Parlament, die Exekutive zu kontrollieren und dementsprechend kritisch zu hinterfragen, was an diesem Tag passiert ist, und zwar nicht nur von Seiten der Demonstranten, sondern natürlich auch von Seiten des Polizeihandelns, des Staates. Das ist unsere Aufgabe, und das möchte ich hier machen.

Ich weiß nicht, wo Sie, Herr Dregger oder Herr Fresdorf, am Samstag waren. Ich habe dort nicht zu wenig Polizei gesehen. Da war sehr viel Polizei unterwegs. Ich hatte den Eindruck, sie hatte sich im Vorhinein nicht schlechter aufgestellt als in den letzten Jahren, und den Vorwurf eines zu laschen Vorgehens gegen Gewalttäter an diesem Abend kann ich überhaupt nicht bestätigen. Ich hatte eher einen gegenteiligen Eindruck. Damit möchte ich zu meinem ersten Kritikpunkt kommen: Ja, man kann immer diskutieren, ab welchem Zeitpunkt man zur Durchsetzung von Hygienemaßnahmen oder Hygieneregeln einschreitet; darüber kann man sich streiten. Aber ich glaube – ich war dort vor Ort: nach 700 Metern Auflaufstrecke dann gleich eine Einkesselung und eine Teilauflösung der Demonstration –, das habe nicht nur ich, sondern auch sehr viele andere als sehr schnell, sehr rigoros und wenig kommunikativ, abwartend und deeskalierend empfunden. – Das ist Punkt eins.

Das Zweite ist: Man muss sich fragen, was an dieser Stelle durch das Einschreiten der Polizei erreicht worden ist. Da muss ich sagen: Der Zweck, der erreicht werden sollte, war die Durchsetzung von Mindestabständen – das ist im Ergebnis nicht passiert, sondern im Gegenteil: Man hat an dieser Stelle, an der engsten Stelle der Karl-Marx-Straße, mitten in einer Baustelle einen Teil der Demonstration eingekesselt, weitere Menschengruppen abgedrängt und zusammengedrängt, hat den Kessel zusammengedrängt, und da wurden am Ende, glaube ich,

mehr Kontakte zwischen Menschen geschaffen als vermieden. – Das war im Ergebnis nicht erfolgreich, und man muss kein Hellseher sein, sondern es war an dieser Stelle völlig klar, dass dieses Vorgehen an diesem Ort und zu diesem Zeitpunkt auf diese Art und Weise zum Hochschaukeln, zur Eskalation dieser Situation mit beigetragen hat.

Ich sage „mit beigetragen“, denn es ist natürlich immer so, dass man sich dem Vorwurf aussetzt, in irgendeiner Weise Gewalttaten zu legitimieren, wenn man diese Kritik übt. Ich finde aber, sie ist nötig an dieser Stelle. Natürlich ist für jede Straftat die Person verantwortlich, die sie begeht, aber man muss sich Gedanken machen über die Folgen, über das Auswirken polizeilichen Handelns, und das möchte ich an dieser Stelle kritisieren. Das hat nicht nur bei mir Unverständnis ausgelöst, sondern ich glaube, auch in einem großen Teil der Masse der Demonstrationsteilnehmerinnen und Demonstrationsteilnehmer, die dort unterwegs waren. Es ist schon ein Problem, wenn ein großer Teil, der nicht zu dem problematischen Teil dieser Demonstration gehört, sondern dort friedlich unterwegs ist, dann auch überrascht ist und nicht nachvollziehen kann, warum in so einer Weise vorgegangen wird, und dann in der Menge natürlich ein gewisses Unverständnis und Wut herrscht. Es ist natürlich die Aufgabe, auch wenn es wirklich furchtbar schwierig ist – das ist völlig klar, das ist nicht einfach, es ist kompliziert, und es ist auch für die eingesetzten Beamtinnen und Beamten vor Ort eine ziemlich große Herausforderung –, der Polizei, den überwiegenden friedlichen Teil dieser Demonstration zu schützen und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit für diese Menschen so weit wie es irgendwie geht zu schützen und zu ermöglichen. Auch das ist dann leider nicht gelungen, weil sich die Demonstration dann aufgelöst hat und auch nicht mehr weiterlaufen konnte. Soviel erst einmal von mir an dieser Stelle. Ich hätte noch einen anderen Punkt, der betrifft die Sternfahrt und die Demonstration in Richtung Grunewald. Das würde ich dann aber in meinem zweiten Redebeitrag ansprechen. – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Schrader! – Dann hat jetzt Herr Zimmermann das Wort.

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will zunächst für uns klarmachen, dass jegliche Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte auf das Schärfste zu verurteilen ist, und es gibt überhaupt keine Begründung dafür, dass das in irgendeiner Form gerechtfertigt sei, falls da irgendein Missverständnis entsteht. Das muss zurückgewiesen werden. Wir sind in erster Linie dazu da, unsere Vollzugsbeamten zu schützen und ihnen den Rücken zu stärken. Das fasse ich als unsere vornehmste Aufgabe auch in diesem Ausschuss auf, und das sollten wir hiermit tun. Der öffentliche Frieden, den Herr Fresdorf zitiert hat, ist durch eine Reihe von Gewalttätern bedroht. Das sind erlebnisorientierte oder sonst wie motivierte junge Erwachsene, die teilweise Krieg spielen, die zu lange an der Konsole gesessen haben oder so etwas, die ihre Gewaltfantasien ausleben und das auf Kosten der Polizei tun. Diese Leute müssen die ganze Härte des Rechtsstaats spüren, und dafür möchte ich werben, und das ist das, was die Polizei tut. Dafür verdient sie unsere Unterstützung, unseren Dank und unsere Anerkennung.

Jetzt geht es darum: Was ist im Einzelfall richtig, oder in welchem Umfang ist das Einsatzkonzept so aufgegangen oder nicht aufgegangen, und ist das alles vernünftig umgesetzt worden? – Die Polizeipräsidentin und Herr Katte haben uns erläutert, was die Konzeption war. Da möchte ich bitte festhalten, dass es so viele verschiedenen Lagen gibt, die zu so vielen verschiedenen Einschätzungen führen, dass es, wenn man die alle ernstnimmt – auch alle, die hier geäußert wurden –, schwer ist für die Polizei, die richtige herauszufinden. Entweder sie sei nicht ausreichend vorbereitet, sie sei nicht konsequent genug vorgegangen, sie habe zu wenige Kräfte im Einsatz gehabt, sie sei zu lasch oder Ähnliches wird behauptet, zum Beispiel in Zusammenhang mit der Stürmung der Reichstagstreppe und ähnlichen Veranstaltungen oder – anderes Extrem –, sie sei zu offensiv, zu viel Präsenz, zu frühes Auflösen von De-

mos und so weiter. Wenn man das alles ernst nimmt, fürchte ich, wird niemand vernünftig sagen können: Was ist denn jetzt der richtige Weg? Es hängt immer von einer bestimmten Einsatzlage ab, und da braucht die Polizei einen Spielraum. Solange sie sich im Rahmen der Gesetze bewegt, und das tut sie, braucht sie einen Spielraum in der Einschätzung vor Ort und auch in der Planung, was genau gemacht werden muss und was nicht gemacht werden muss, und da, fürchte ich, ist keiner von uns hier in der Lage, die Expertise und die Qualifikation von Herrn Katte zum Beispiel zu ersetzen und zu sagen: Ich weiß aber alles besser, wie das hier hätte laufen müssen. Dies möchte ich mir nicht anmaßen, und es wird auch nicht weiterhelfen, wenn man hier herumspekuliert, was möglicherweise hätte gemacht werden sollen. Da bitte ich um ein bisschen Zurückhaltung, um seriös zu bleiben und auch ernst genommen zu werden in der Debatte.

Es ist aufgekommen: Wieso wird in der einen Demo sofort vorgegangen bei Verstößen gegen Abstände und bei der anderen so spät? – Es gibt keine Gleichbehandlung im Unrecht. Das kann man nicht einfordern, dass sie, wenn sie da so gehandelt haben, dann dort bitte genauso handeln müssen. Das hängt von konkreten Umständen in der Lage ab, und eine solche Forderung ist nicht durchzuhalten.

Ich möchte auch darum bitten, dass wir uns in der Wortwahl mäßigen, wenn wir hier von Brandsätzen oder so reden, die wir angeblich politisch legen durch irgendwelche politischen Entscheidungen. Es ist nicht legitim, dass wir hier so vorgehen. Wir sollten uns nicht gegenseitig so in die Pfanne hauen, dass uns am Ende keiner mehr ernst nimmt. Also gucken wir mal ein bisschen konkreter drauf. Ich möchte deswegen jetzt nicht viel mehr sagen. Viel wichtiger ist, ein paar Erläuterungen von der Polizei zu den einzelnen Fragen zu hören.

Eines noch zu Herrn Kollegen Dregger: Der Unterbindungsgewahrsam ist nicht unanwendbar. 48 Stunden Unterbindungsgewahrsam sind möglich, und das ist theoretisch natürlich auch im Zusammenhang mit dem 1. Mai anwendbar; aber zu entscheiden, ob das erforderlich ist oder nicht, sollten wir den Kräften vor Ort überlassen. – Letzte Frage: Wenn jetzt in Ihrem anonymen Schreiben steht, es werde das Nichthandeln der Polizeiführung kritisiert, da möchte ich doch gern wissen, was genau mit diesem Nichthandeln gemeint ist, ob tatsächlich – was immer eine Abwägungsentscheidung ist, Wasserwerfer ja oder nein – das gemeint ist oder was noch gemeint ist, das Nichteinsetzen von Hundertschaften. Vielleicht kann Frau Polizeipräsidentin dazu noch erläuternd etwas sagen. Das kann natürlich so nicht im Raum stehenbleiben. Das muss man genauer untersuchen, wo das jetzt herkommt, sonst kann man so etwas in den Raum werfen, aber es muss schon verifizierbar sein, und Anonymität ist da nicht hilfreich. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Zimmermann! – Dann hat Frau Tomiak das Wort.

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank! – Lassen Sie mich eingehend sagen, dass es schon erwartbar war in diesem Wahljahr, dass die Opposition gerade auch dieses Datum, den 1. Mai, für ihre Wahlkampfreden benutzt. Ich finde es der Sache ehrlicherweise aber nicht wirklich angemessen. Ich will nicht auf alles eingehen, aber auf einen Punkt: Herr Dregger hat eben gesagt, der Rechtsstaat musste sich zurückziehen. Ich weiß nicht, ob das ein Originalzitat aus diesem Brief war, oder ob das Ihre Übernahme der Situation war und ob Sie das so bewerten. – Ich finde das völlig unangemessen. Die Polizei hat hier sehr ausführlich darge-

stellt, mit wie vielen Kräften sie vor Ort war. Ich war selbst auch vor Ort und habe mir ein Bild gemacht. Ich hatte zu keinem Zeitpunkt den Eindruck, dass sich der Rechtsstaat und die Polizei zurückziehen mussten, sondern sie waren überall sehr präsent und gut aufgestellt. Dementsprechend wollte ich darauf kurz reagieren.

Ich hab einige sehr konkrete Fragen und werde jetzt einsteigen und würde mir wünschen, dass sie beantwortet werden. Im ersten Teil geht es mir um diesen Fahrradkorso; da wurden einige Sachen auch schon gesagt. Vorhin wurde dargestellt, es gab eine Festnahme und drumherum Tumult – wahrscheinlich trifft es das ganz gut. War es tatsächlich nur diese eine Festnahme, die bei dieser Demonstration stattgefunden hat im Bereich des Fahrradkorsos, oder gab es da mehr? Was waren da die Hintergründe? – Mir wurde berichtet, dass es Unfälle gab während der Raddemonstration, unter anderem, dass eine Fahrradpolizistin oder ein Fahrradpolizist wohl mit jemand anderem zusammengestoßen ist. Können Sie dazu etwas sagen? – Dann wurde wohl beobachtet, und den Eindruck hatte ich tatsächlich in vergangenen Situationen bei solchen Fahrraddemonstrationen auf der A 100 auch schon, dass die eingesetzten Beamten, die auf Motorrädern fahren, manchmal relativ nah an die Fahrradfahrer herankommen, was natürlich eine sehr gefährliche Situation erzeugt. Das sind ja sehr schwere, sehr große Geräte – es wurden ja auch neue angeschafft –, die sind sehr stattlich. Mich interessiert, wie da sensibilisiert wird in diesen Situationen, dass da auch Rücksicht und Vorsicht geboten bleiben.

Dann gab es die Situation, dass es gerade im Grunewald viele Straßensperrungen gab und viele Seitenstraßen ganz klar abgesperrt worden sind, aber später im Verlauf der Demo teilweise Zuleitungen von Seitenstraßen, wo der normale Autoverkehr fuhr, nicht komplett abgestellt wurden und es dementsprechend teilweise zu Situationen kam, in denen die Autofahrer nicht wussten: Was passiert hier gerade? – als über 10 000 Fahrradfahrer vorbeifuhren. Das sind natürlich Situationen, die zu vermeiden eigentlich gut wäre. Daher meine Frage: Wie war das Einsatzkonzept an der Stelle, und wie wurde darauf geachtet, dass der Verkehr tatsächlich abgesperrt wurde? – Das ist eine Frage, die für die Revolutionäre Erster-Mai-Demo auch eine Rolle spielt, weil es gerade in dem Bereich rund um die Sonnenallee mehrfach Situationen gab, in denen Autos durch die Menschenmengen gefahren sind, auch hupend, und brenzlige Situationen entstanden sind, weil die Situation sehr dynamisch war; es wäre gut gewesen zu vermeiden, dass so ein Riesengefährd da plötzlich zwischen den Menschen durchfährt.

Dann noch mal zu dem Raumkonzept: Vorhin wurde angesprochen, dass es gerade an dem Sammelpunkt rund um den Hermannplatz mehrere Straßen gab, ich habe es auch gesehen, die frei gelassen und komplett nicht genutzt worden sind. Der Veranstalter hat offensichtlich nicht alle Demoteilnehmer so richtig ansprechen können, oder es gab Kommunikationsschwierigkeiten. Wie ist denn die Polizei da aktiv geworden? Gab es Durchsagen durch die Polizei von wegen: Da sind noch Bereiche, bitte dehnen Sie sich dahin aus, die Hygieneauflagen können so gerade nicht erfüllt werden, deshalb kann es jetzt gerade so nicht losgehen, weil es mehr Platz bräuchte, bitte bewegen Sie sich in diese Richtung? – Passierte da etwas? Ich habe das selbst nicht mitbekommen, daher ist das eine Frage, die ich habe.

Ich kann mich der Frage auf jeden Fall anschließen, warum an dieser Baustellensituation dann zugemacht wurde beziehungsweise dann auch ein Kessel entstanden ist, sodass Leute sich nicht wegbewegen konnten. Das ist auch noch eine Frage. – Vorhin war etwas unklar: Von der Polizeiführung wurde gesagt, dass es vor allem das Problem war, dass die Abstände vom

dritten und vierten Block nicht eingehalten wurden. Jetzt habe ich aber von Kollegen gehört, dass es auch um die Masken gehen. Wurden tatsächlich im dritten und vierten Block keine Masken getragen? Das hatte ich jetzt so nicht wahrgenommen, sondern dass es nur um die Abstände ging. Vielleicht können Sie spezifisch dazu noch etwas sagen. – Eine weitere Frage: Wurde denn der hintere Teil der Demonstration zugemacht, oder gab es eine Möglichkeit, als vorne am dritten und vierten Block gestoppt wurde, dass die Demo quasi hätte weiter nach hinten ausweichen können, oder gab es da keinen Fortkommen mehr? Gab es quasi eine Lock-in-Situation?

Ein Punkt, den ich noch sehr wichtig finde, ist: Mir wurde berichtet, dass es verschiedenste Unfallsituationen gab, auch unabhängig von der Demonstration, zum Beispiel einen Fahrradunfall in dem Bereich der Revolutionären Erster-Mai-Demo im ersten und zweiten Block, und dass ein RTW, der alarmiert wurde, erst relativ spät zur Unfallstelle gekommen ist. Da interessiert mich, wie das eingebunden war und wie da die Alarmierungszeiten waren, gerade für die RTW, und ob das aus Ihrer Sicht alles gut lief oder ob es da Nachbesserungsbedarf gab. – Dabei würde ich es jetzt erst einmal belassen und freue mich auf die Antworten.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Frau Tomiak! – Damit haben wir die erste Fraktionsrunde beendet. Wir werden jetzt erst einmal die Antworten des Senats abwarten und die Ausführungen der Polizeipräsidentin beziehungsweise von Herrn Katte. – Herr Senator, Sie haben das Wort!

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will hier an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, dass die Polizei das selbstverständliche Recht aller Menschen, ihre Meinung auf die Straße zu tragen, das Versammlungsrecht wahrzunehmen garantiert und dass sie das unabhängig tut von der jeweiligen Meinung, die dort vorgetragen wird. Sie muss es auch tun, selbst wenn die Meinungen, die vorgetragen werden, sich an der Grenze des Erträglichen bewegen. Das ist die Aufgabe der Polizisten. Dafür danke ich ihnen ganz herzlich! Alle Vorwürfe, die es hier gibt, wir seien auf dem rechten Auge blind, wir seien auf dem linken Auge blind, sind schlichter Unsinn. Die Polizei handelt professionell und erfahren und sichert dieses Recht der Menschen. Das wollte ich gern grundsätzlich sagen; alle anderen Fragen, die hier vorgetragen worden sind, sind Fragen, die an die Polizei gehen. Deswegen gebe ich jetzt einfach weiter.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Senator! – Dann bitte, Frau Polizeipräsidentin, Sie haben das Wort!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Ganz lieben Dank, Herr Vorsitzender! – Weil es verschiedentlich an mich herangetragen wurde und ich es so verstanden habe, dass Gewalt komplett inakzeptabel ist, und ich in zahlreichen Statements direkt am Abend gesagt habe, dass es für mich kaum auszuhalten ist, Kollegen in dieser Zahl verletzt zu sehen: Ich glaube, das ist selbstredend so. Das habe ich hier ausgeführt, und das ist so. Da schmerzt mich jeder Einzelne, denn ich habe sie immer wieder im Gespräch, und ich spreche mit meinen Hundertschaften, aber auch mit den anderen Kollegen. Ich glaube, daran besteht nicht wirklich ein Zweifel.

Herr Woldeit! Nur zum Verständnis: Wir hatten 93 verletzte Kolleginnen und Kollegen insgesamt und 71 Verletzte am 1. Mai bei der 18-Uhr-Demo. Entschuldigung! Um die ging es mir,

und über die habe ich gesprochen. Ich habe auch keinen besonderen Schwerpunkt auf Lichtenberg gelegt, sondern es war definitiv ein Schwerpunkt, der uns an diesem Tag beschäftigt hat. Ich denke, die Schilderungen dazu muss ich nicht mehr ergänzen.

Herr Dregger! Den Brief möchte ich natürlich sehr gern haben; er wird auch mich erreichen. Ich glaube, es ist selbstverständlich, dass Herr Katte und ich uns da auf jeden Fall am liebsten einem Gespräch stellen, wenn es da all diese Vorwürfe gibt, die Sie gerade verlesen haben. Von Herrn Katte weiß ich, dass er ohnehin morgen früh, wie es bei uns immer üblich ist, mit seinen Hundertschaftsführern und den anderen Kollegen intensiv einen Austausch suchen wird. Ich stehe dazu auch bereit. Das ist gute Kultur. Immer wieder treffen wir unsere Hundertschaftsführer und andere Kollegen. Mir wäre am liebsten, nicht anonym. Es wäre mir natürlich am liebsten, wenn wir unter uns offen sprechen könnten, aber wir werden sehen, ob es sich so entwickelt. Erst einmal gucke ich mir in aller Ruhe – und Herr Katte genauso – diesen Brief an. Es ist bei einer Steuerung von über 6 000 Polizisten immer schwierig, dass der einzelne Kollege immer so den Überblick hat über die Komplexität bestimmter Einsatzlagen und Situationen. Er hat seine eigene Wahrnehmung. Die gilt es zu beachten und zu respektieren, und das werden wir, wie gesagt, in Gesprächen auch tun. Es ist aber auf der anderen Seite für den Einzelnen vielleicht auch nicht leicht, Konzeptionen, die ganze Befehlsstellen umsetzen, abschließend zu erfassen.

Zu Wasserwerfern und all diesen Dingen ist Herr Katte viel berufener. Ich kann nur sagen, dass ich in über drei Jahren Polizei gelernt habe: Wasserwerfereinsätze sind sehr komplex, haben ganz besonders hohe Anforderungen auch an Örtlichkeiten, auch an sonstige Rahmenbedingungen. – Es ist das eine, was wir am 18. November umgesetzt haben, im Rahmen des Infektionsschutzes, den Versuch zu unternehmen, Menschen deutlicher, schneller zu verteilen, damit das Virus nicht überspringen kann. Es ist sicherlich etwas ganz anderes, gegen Gewalttätige mit einem Wasserwerfer vorzugehen. Aber ich bin sicher, da kann Herr Katte viel kompetenter als ich noch etwas ergänzen, auch zum Entlassen der AHu, die am nächsten Tag, wenn er in die AAO muss, denn jeder von Ihnen möchte auch am Sonntag wieder fahrende Funkwagen vorfinden. Das sind die Kollegen, die in der Alarmhundertschaft sind und, und, und. Dazu kann aber Herr Katte viel besser etwas sagen als ich.

Die Frage von Versammlungsverboten, Herr Fresdorf, kann ich jetzt hier so ganz einfach nicht beantworten. Wir brauchen konkrete Anhaltspunkte im Hinblick auf Versammlungen. Das prüfen wir stets ganz genau. Erläutern muss ich nicht, dass die Versammlungsfreiheit eines unserer höchstgeschützten Güter ist. Da ist es immer eine hohe Schwelle. Die prüfen wir stets, aber häufig dann natürlich auch zugunsten der Versammlungsfreiheit.

Herr Zimmermann hat es gerade schon angesprochen: Dem einen wird zu früh aufgelöst, dem anderen wird zu spät aufgelöst. Das ist absolut nachvollziehbar, ich gebe Ihnen da auch recht. Das ist eine ständige Abwägung auch bei uns, immer wieder aufs Neue. Eine Auflösung muss geeignet, angemessenen und verhältnismäßig sein. So sieht es unser Verfassungsrecht vor, um in eine Versammlungsfreiheit eingreifen zu können, und es gibt immer wieder Ermessensspielräume, die wir immer wieder abwägen. Wie gesagt, wir müssen das hohe Gut der Versammlungsfreiheit bei Infektionsschutz, wo es dann auch um die körperliche Unversehrtheit und das Leben auf der anderen Seite geht, natürlich anders und immer wieder neu abwägen. Das ist ein ganz besonderes Instrumentarium, das man immer wieder neu und anders beurteilen kann. Wir haben es so beurteilt, wie Herr Katte es dargelegt hat, und dazu stehe ich absolut.

Ich kann in diesen Zeiten von immer noch hohen Inzidenzen nicht zuschauen, wie Menschen eng aneinander, ohne jede Hygienevorschriften, Kilometer zurücklegen. Wenn man anfängt aufzulösen und wenn man anfängt, die Menschen auseinanderzubringen, dann ist es auch so, dass nicht jeder Einzelne plötzlich seiner Wege geht, sondern die Polizei fängt an zu arbeiten und bringt Menschenblöcke in Bewegung, um sie dann zu verteilen. Dass es da auch erst einmal zu Verdichtungen kommt, ist klar. Die Alternative, kilometerlang zuzuschauen, gab es für mich definitiv nicht.

Frau Tomiak! Vielleicht noch mal zum Fahrradkorso: Nach meinem Stand haben wir dort sieben Festnahmen getätigt und zwei wurden eingeliefert. Zum Verkehrskonzept und all diesen Dingen ist Herr Katte definitiv der Berufenerere. Da möchte ich weitergeben.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Katte, Sie haben das Wort!

Stephan Katte (Polizei Berlin; Leiter Direktion Einsatz/Verkehr): Vielen Dank! – Es sind Fragen zur Gefährdungslage gestellt worden und dazu, eventuell im Vorfeld Anordnungen zu treffen, respektive auch Gefährderansprachen zu treffen. – Ich hatte in der letzten Woche an anderer Stelle dazu ausgeführt, dass wir auch die bundesweite Situation in den Blick nehmen und wissen, wozu in anderen Städten aufgerufen wird, wozu mobilisiert wird, und wir insofern auch davon nach Bewertung unserer Fachdienststellen ausgehen durften, dass wir keine Anreisen von links- oder rechtsextremem Publikum in Richtung Berlin haben werden. Insofern sind wir davon weggekommen, Gefährderansprachen im Vorfeld durchzuführen, auch – das ist jetzt aber mein Eindruck –, weil die Zusammensetzung des dritten und vierten Blocks doch sehr gemischt war, nicht ausschließlich Linksextreme, wie man sie sich vielleicht aus der Rigaer 94 und der engeren Umgebung vorstellen mag, sondern auch hier sehr viel jugendliches Publikum, auch mit entsprechenden Hintergründen. Insofern glaube ich, dass das Durchführen von Gefährderansprachen im Vorfeld nicht die richtige Klientel getroffen hätte, die wir hier am Ende dann in Berlin auf der Straße gesehen haben.

Wir haben dennoch sehr wohl Anordnungen oder Auflagen, wie wir es aus der Vergangenheit kennen, was den 18-Uhr-Aufzug angeht, vorgenommen. Hier geht es darum, dass wir eine Einschätzung treffen müssen, inwieweit Tatsachen, die uns bekannt sind, unter anderem rechtfertigen, dass die überhaupt in eine solche Versammlung mit eingebracht werden. Bis drei Tage vorher war noch nicht einmal klar, ob dieser Teil – dritter und vierter Block – an dieser Versammlung teilnehmen wollen würde. Als das bekannt wurde, haben wir für uns auch noch mal überprüft, ob wir Anordnungen im Sinne des neuen Versammlungsfreiheitsgesetzes treffen. Die haben wir getroffen. Da gibt es eine ganze Reihe von Punkten: Da geht es zum Beispiel darum, entsprechende Sturmhauben und Flammenschutzhauben mitzuführen; es geht darum, dass Pyro nicht mitgeführt werden darf; es ging darum, dass Schutzbekleidung wie Oberkörperschutz nicht mitgeführt werden darf. Es gab eine Reihe von Punkten, die wir als Anordnung getroffen haben; Dinge, die nicht mitgeführt werden durften.

Zu der Frage des Wasserwerfereinsatzes: Die Situation muss aus meiner Sicht immer im Detail betrachtet werden. Ich hatte die gleiche Frage bereits am 29. August letzten Jahres beantwortet. Da habe ich schon einmal beschrieben, dass ich in der Friedrichstraße mit zigtausenden Menschen, wo links und rechts nur Häuserwände sind, auch wenn die Situation in der Grundaufstellung vielleicht vergleichbar mit dem 18. November war, aus Gründen des Crowdmanagements und sicherlich auch der Zusammensetzung dort – sehr viel heterogener

als am 18. November – in dieser Feinentcheidung und Abstimmung zu dem Ergebnis komme: Nein, hier setze ich ihn nicht ein. – So war am 29. August und am 18. November die Situation sehr statisch, sehr geballt auf dem Platz des 18. März, sicherlich auch die entsprechenden Entfluchtungsflächen vorhanden, und wir mussten trotzdem erleben, dass wir über drei, vier Stunden gebraucht haben, um mehrere Tausend Menschen dort auseinanderzubringen. In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund die Frage: Setze ich den Wasserwerfer in der Sonnenallee, Karl-Marx-Straße und den kleinen Nebenstraßen auch noch ein? – Hier gab es aus meiner Sicht keinen statisch geballten Block, der mit mehreren Tausend Personen über mehrere Stunden irgendwo stand, wo wir am Ende hätten mit einem Wasserwerfer agieren müssen und können. Insofern hat sich das für mich verboten an der Stelle. Erstens ist der gesamte Raum voll mit Menschen, an unterschiedlichsten Stellen, auch auf der Fahrbahn, sehr eng, da stehen auch überall geparkte Fahrzeuge – da kommen Sie mit dem Wasserwerfer schon mal schwer durch, und das birgt natürlich auch ein gewisses Gefährdungspotenzial, sodass ich sage: Das kann ich so nicht verantworten. – Und weil es eben tatsächlich keine geballte, statische Situation mit mehreren Tausend Menschen gibt, wo ich ihn gezielt einsetzen kann, verbietet es sich aus meiner Sicht auch, mit dem Wasserwerfer durch die kleinen engen Straßen von Neukölln oder Friedrichshain-Kreuzberg hin- und herzufahren, schon zum Schutz auch aller anderen Beteiligten. Wie gesagt, die Dynamik der Lage und das Nichtgeballte hat für mich den Einsatz verboten. Ich habe zum Ablöschen der Inbrandsetzung des Containers und der Europaletten den Einsatz des Wasserwerfers dann freigegeben, aber eben auch nur zum Ablöschen dieser Dinge, für den Fall, dass die Feuerwehr in diesen Bereich dann doch nicht vordringen kann, weil der Raum drumherum entsprechend voll mit Menschen war.

Es wurde die Frage gestellt, ob das Durchsetzen oder Einhalten von Hygienevorschriften schwerer wiegt als beispielsweise Vermummungen oder Pyro, weil ich am Anfang ausgeführt habe, dass wir uns schon die Frage stellen, ob wir eventuell erst, so wie wir es aus anderen Versammlungslagen kennen, in der Abstromphase im Nachgang Delikte ahnden. – Ich stelle überhaupt nicht in eine Prioritätenreihenfolge, was davon gefährlicher ist. Der Umstand für mich ist nur: In dem Moment, da Pyro brennt, ist es sicherlich gefährlich, aber das gefährdende Moment ist im Abbrennen des Pyros dann auch beendet und vorbei für diesen Moment. Das ist bei den Hygieneregeln beziehungsweise beim Infektionsrisiko eben nicht so. Das ist ein auf andauernder Prozess, den ich nicht unterbunden bekomme und nicht abgebrochen bekomme, sondern der dauert an. Es gibt aus dem letzten Jahr Untersuchungen, auch von Universitäten, die durchaus betrachtet haben, ob sich Inzidenzen in Regionen erhöht haben, die vorher an Demonstrationen in Berlin oder anderenorts teilgenommen haben, und die bestätigen sehr wohl, dass es diese Erhöhung von Inzidenzen gab, sodass ich das Aufrechterhalten dieses Dauerzustandes mit der Frage: Halte ich es aus, und wird dieser Aufzug seinen Endplatz erreichen können? – nicht vertreten kann an dieser Stelle.

Zur Frage der Gleichbehandlung oder Ungleichbehandlung im Unrecht: Bei den Coronaleugnern ist es in der Regel so, dass sie von vornherein überhaupt keine Maske tragen. Das heißt, hier kann ich durch das Zurverfügungstellen von erweiterten Antreteflächen daran auch nichts ändern. Sie wollen die Maske nicht tragen. Hier, bei dem 18-Uhr-Aufzug, bleibe ich dabei, hat die überwiegende Menge die Masken getragen. Hier ging es um den anderen Aspekt des Abstandhaltens, und das bekomme ich natürlich über die Erweiterung von Antreteflächen und das Loslaufen entzerrt. Wäre es auch hier so gewesen, dass tatsächlich überhaupt keine Masken getragen worden wären, hätte ich diesen Aufzug gar nicht loslaufen lassen, sondern auch

hier bereits am Antreterplatz, wie andere Versammlungen auch, aufgelöst. Insofern besteht hier für mich schon der Unterschied, und das sind dann sicherlich die kleinen Nuancen, aber die machen es eben aus. Die zeigen auch, wie fein differenziert wir sehr wohl solche Lagen betrachten und nicht nach Schema F und „machen wir immer so“ betreiben, sondern hier genau diese Unterscheidungen treffen. Ich wiederhole es noch mal: Wir hätten in dem Fall, dass auch beim 18-Uhr-Aufzug am Hermannplatz und Umgebung keiner hätte eine Maske tragen wollen, diesen Aufzug dort bereits aufgelöst und gar nicht erst loslaufen lassen; aber hier bestand eben die Chance, über das Loslaufen die Abstände hinzubekommen.

Der erste Block ist angesprochen worden. Auch hier war es sicherlich etwas dichter gedrängt, aber noch deutlich ansprechbarer, auch weil der Versammlungsleiter hier mitgelaufen ist und wiederholt Einfluss auf seine Teilnehmenden genommen hat, um hinzubekommen, dass die Abstände gehalten werden. Der dritte und vierte Block hatte keinen Versammlungsleiter in seinem Block und war auch Ansprachen gegenüber nicht zugänglich, jedenfalls war keine erkennbare Reaktion zu sehen. Die Frage, ob wir auch auf dem Antreterplatz entsprechend kommuniziert haben: Das geschieht permanent in einem fortlaufenden Prozess. Wir machen wiederholt moderierende Durchsagen; wir gehen mit unseren Antikonfliktteams durch und sprechen immer wieder gezielt Menschen an, weil auch ein Versammlungsleiter, insbesondere dann, wenn seine Lautsprecherwagen noch gar nicht alle aktiv sind, gar nicht in der Lage ist, über einen so großen Raum alle gleichermaßen zu erreichen. Ich kenne sehr wohl auch hier aus der Vergangenheit den einen oder anderen Vorwurf, dass wir viel zu lange warten würden und die 18. Durchsage das Infektionsrisiko nicht minimiert. Dennoch glaube ich, dass wir gut beraten sind, im Rahmen der Verhältnismäßigkeit vernünftig auch zu agieren. Es kommt für mich schon entscheidend darauf an, wie das gegenüber eine Reaktion entfaltet und auch zeigt. Ein Beispiel: Eine Woche davor, am 21. April, gab es zu den Infektionsschutzverhandlungen im Bundestag ebenfalls eine Demonstration, auf der Straße des 17. Juni. Auch hier haben wir Räume zur Verfügung gestellt und erweitert, und es erfolgte eine Reaktion auf Ansprache, sowohl unsere als auch der Versammlungsleiterin, und das muss man in seine Überlegungen und in die Frage der Verhältnismäßigkeit immer mit einbeziehen für mögliche Folgemaßnahmen.

Die Kräftelage ist angesprochen worden. Am Mittwoch letzter Woche sah sie noch nicht so gut aus, wie sie sich dann im Laufe des Mittwochs für uns ergeben hat. Es sind jetzt auch unterschiedliche Bilder davon abgegeben worden, wie der Eindruck in Kreuzberg war. Ich sitze tatsächlich am morgigen Tag mit meinen Abteilungsführungen und Einheitsführenden zusammen, um zu einem ersten Erfahrungsaustausch zu kommen und einen unmittelbaren Eindruck davon zu bekommen, wie sie es im Einzelfall erlebt haben. Da werden wir sicherlich auch gezielt nach dem Brief fragen; nicht, wer ihn geschrieben hat – das interessiert mich an der Stelle tatsächlich weniger –, sondern ob die Eindrücke sich so bestätigen lassen und welche Erwartungen oder Reaktionen an uns und an mich aus diesem Kreis der Einheitsführenden gerichtet sind, denn darauf haben sie definitiv einen Anspruch und dürfen es auch so formulieren.

Wir haben tatsächlich zwei Einheiten der AHUen, Abschnittshundertschaften, gegen 18 oder 19 Uhr aus dem Einsatz entlassen müssen. Sie hatten bereits die 14. Stunde hinter sich und waren genau diejenigen, die am Folgetag – es gibt ihn, den 2. Mai, und es gibt auch dort Einsätze und Funkwagen, die bedient werden müssen – eingesetzt werden mussten. Wir haben allerdings dafür im Gegenzug von der Bundespolizei zu dieser Stunde dankenswerterweise

weitere Unterstützung bekommen, die auch sehr stark mit einer eigenen besonderen Aufbauorganisation im Land Berlin vertreten waren, sodass wir hier Gelegenheit hatten, dieses Minus durch die Unterstützung von der Bundespolizei wieder auszugleichen, sodass der Raum rund um Neukölln oder Kreuzberg personell zumindest zu dem Zeitpunkt definitiv aus meiner Sicht nicht unterbesetzt war, aber auch dem glücklichen Zustand geschuldet, dass die 10 000 Radfahrenden vorher durch den Grunewald nur wieder herausgefahren sind über die Autobahn in Richtung Endplatz.

Wäre das anders gewesen, wären wir sicherlich kräftemäßig im Grunewald anders gebunden gewesen, und dann stellt sich schon die Frage: Wie konzentriere ich mich auf den Raum Neukölln und Kreuzberg? – Diese Situation hat sich glücklicherweise entspannt. Das weiß man aber vorher nicht, insofern kann es durchaus sein, dass ich an dem Mittwoch noch etwas verkiffener dreinschaute. Das weiß man immer erst dann besser.

Frau Tomiak! Sie hatten einzelne Fragen, wie ob ein Rettungswagen nicht rechtzeitig durchkam. – Da bitte ich um Verständnis, dass ich zu diesen Einzelsachverhalten im Detail hier aktuell am zweiten Tag nach dem Einsatz keine Auskunft geben kann. Ich bin aber gern bereit nachzuliefern, wenn wir dann in der Aufarbeitung soweit sind. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, die Herr Katte! – Zu der Frage nach den antisemitischen Rufen hätte ich gern noch etwas von Ihnen gehört. Gab es da Festnahmen, oder gab es da Tatverdächtige? – Ich glaube, Herr Fresdorf hatte dazu eine Frage gestellt.

Stephan Katte (Polizei Berlin; Leiter Direktion Einsatz/Verkehr): Die Informationen, dass es diese Rufe gegeben hat, haben mich im Laufe des Einsatzes gleichermaßen erreicht, aber meinem Kenntnisstand nach von uns nicht bestätigterweise. Auf Nachfrage, ob es tatsächlich aus einem bestimmten Bereich diese Rufe gegeben hat und ob daraus Festnahmen erfolgten, konnte das bis zum jetzigen Zeitpunkt von uns nicht bestätigt werden. Ich will aber dem abschließenden Ergebnis nicht vorgreifen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann kommen wir in die zweite Runde. Wir beginnen mit Herrn Schrader.

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – Als Erstes möchte ich auch noch mal die Fahrradsternfahrt aufgreifen und die Fragen, die Frau Tomiak vorhin angeführt hat. Dazu hätte ich schon noch mal gern ein kleines Statement von Ihnen oder eine Antwort auf die Fragen. Mir ist es in ähnlicher Weise berichtet worden. Insbesondere wollte ich noch mal die Frage herausstellen, die mir zumindest auch von den Organisatorinnen und Organisatoren so reflektiert wurde, des Kräfteeinsatzes im Bereich Grunewald gegenüber dem Kräfteinsatz an der Wegstrecke, insbesondere, was die Verkehrssicherheit angeht. Da schien es vielen Beteiligten doch ein großes Ungleichgewicht gegeben zu haben, sodass im Grunewald quasi an jeder Ecke Polizei steht und sichert, dann aber entlang der Autobahn und auch nach der Abfahrt an vielen Stellen der Fahrradkorso nicht ausreichend gesichert war vor dem Verkehr, also vor Autofahrern, die versehentlich auf die Autobahn wollen oder später aus den Seitenstraßen kommen. Da ist bei vielen offenbar doch der Eindruck entstanden, dass das nicht ganz ausgewogen war und dass es dann durchaus zu gefährlichen Situationen kam, wie es auch Frau Tomiak schon angesprochen hat.

Das Zweite war: Es hat mich doch ein bisschen irritiert, Herr Katte, dass Sie davon gesprochen haben, dass Sie auch gegen Vermummungen und Schutzausrüstungen vorgehen mussten. – Wir haben einmal die Pandemiesituation und dann noch ein neues Versammlungsgesetz, das die Vermummungsfrage eine völlig andere werden lässt als noch vor einigen Monaten. Auch bei der Schutzausrüstung ist es so, dass das nur zur Straftat erhoben wird, wenn die Polizei oder die Versammlungsbehörde dies vorher ausdrücklich mit einer Auflage so anordnet. Ist das denn überhaupt passiert bei dieser Demo im Vorhinein, oder nicht? – Das macht ja schon einen Unterschied. Ich hatte es vorher so verstanden, dass der alleinige Grund einzu-

schreiten, in die Demo zu intervenieren die Durchsetzung von Hygienemaßnahmen war; jetzt mal abgesehen von ganz vereinzelt Straftaten, die vorher schon passiert sind, aber das war ja vorher wirklich noch nicht so der Fall. – Das habe ich noch als Nachfrage, ansonsten haben wir, glaube ich, die Diskussion hier geführt. Ich konnte meine Kritik loswerden. Ich habe für vieles Verständnis, wie an dem Tag agiert wurde, aber im Grundsatz halte ich doch an der Kritik fest, dass das Vorgehen, insbesondere im Bereich der Karl-Marx-Straße, im Ergebnis nicht gelungen und auch nicht erfolgreich war.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat jetzt Herr Schreiber das Wort.

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank! – Ich will an das Thema anknüpfen, das auch schon in den Medien eine Rolle gespielt hat: das Ritual der linksautonomen Szene der 18-Uhr-Demonstration. Das ist leider Gottes seit Jahren ein gewohntes Bild; in unterschiedlicher Ausprägung, das muss man auch dazu sagen. Wir hatten Phasen und Jahre – 2008, 2009, 2010 –, in denen wir ganz andere Situationen und Bilder hatten, die wahrscheinlich genauso schrecklich waren, wenn nicht sogar noch schlimmer, auch, was die Anzahl der verletzten Polizistinnen und Polizisten betrifft und vieles mehr. Das heißt ja nicht, dass es besser ist, aber es zeigt ganz deutlich, dass hier ein klar zu benennender Anteil derjenigen, die diese Demonstration dort begleiten – ich spreche vom Schwarzen Block –, im Grunde genommen das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit und Versammlungsfreiheit missbraucht und unter dem Deckmantel, sich an eine Demonstration sozusagen anzudocken, Gewalt- und Straftaten ausübt. Das ist nicht nur eine neue Erkenntnis, das ist schlichtweg eine Erkenntnis der letzten Jahre. Es ist immer die Frage – zu der komme ich auch noch –: Wie viele Personen aus diesem Schwarzen Block gehören welcher Kategorie an? – Das ist nicht unerheblich bei der Frage der Kräftezuteilung und -bemessung und: Wie geht man damit um? Wie begleitet man die?

Warum sage ich das? – Weil es wichtig ist, dieses Ritual, das es leider Gottes gibt in Berlin, mal stärker mal schwächer, nicht im Parlament zu wiederholen. Die politischen Debatten um den 1. Mai sind wichtig, die Auswertung ist auch wichtig, kritisches Hinterfragen ist wichtig, aber die politischen Beißreflexe und auch die Ritualisierung in gut und schlecht helfen den Polizistinnen und Polizisten, die zur Walpurgisnacht und am 1. Mai und heute wieder Dienst tun, nicht. Die Beteuerungen auf der einen und auf der anderen Seite helfen auch nicht, denn die Männer und Frauen haben etwas erlebt, wozu der eine oder andere sozusagen vielleicht seine eigene Sichtweise hat und auch eigene Einschätzungen; das ist auch in Ordnung, aber ich will es einfach deutlich sagen, denn wir machen auch für die Menschen, die ihren Kopf hinhalten, Politik, und zwar alle, jeder in seiner Position und Funktion. Deswegen geht es hier auch um die Fragestellung: Wie wird das nach außen wahrgenommen? Man muss dann auch so souverän sein – ich will jetzt hier keinen Namen nennen –, dass man nicht über dieses Stöckchen springt und versucht, politischen Gewinn daraus zu erzielen, dass es eine hohe Anzahl an verletzten Polizistinnen und Polizisten gab. Das ist nicht redlich, und das wird der Sache nicht gerecht.

Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der mir auch wichtig ist: Wir haben vor Jahren intensiv, rauf und runter, die Walpurgisnacht diskutiert. Die hat heute noch gar keine Rolle gespielt – null –, weil sie gut und friedlich gelaufen ist, weil die Berliner Polizei seit Jahren ein gutes, ein lernendes Konzept hat, weil es Veränderungen gab und gibt. Der eine oder andere kennt das noch aus dem Mauerpark mit dem Ausleuchten, Flaschenverbot und, und, und, und was da abging. Das hat sich zum Glück verändert, und das muss man auch mal festhalten.

– [Karsten Woldeit (AfD): Wegen der Ausgangssperre!] – Das hat nichts mit der Ausgangssperre zu tun, Herr Woldeit. Das ist sozusagen das Problem der AfD. Ihre DNA sind sozusagen die Querdenker, die gewaltbereit, rechtsradikal und rechtsextrem sind, und das sehen wir ja. Ihre Landesvorsitzende, Frau Brinker, hat das ja deutlich gemacht: Sie sagt, Sie sind der politische Arm der Querdenker, und damit ist doch alles gesagt. Es ist auch wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler das wissen, dass sie wissen, wen sie eben nicht wählen. – Ich will aber zum Thema zurück: Deswegen ist es wichtig, noch mal darauf hinzuweisen: Wir haben die Walpurgisnacht gehabt, bei der auch die Frage im Raum stand: Wie geht das aus? Das ist sozusagen in der Bilanz sehr gut gelaufen, auch für die Einsatzkräfte und die Demonstrantinnen und Demonstranten, die mit ihren politischen Statements unterwegs waren. – Das will ich einfach sagen, weil es wichtig ist für die Einordnung.

Was hier grundsätzlich in der Debatte auch eine Rolle spielen muss, ist – und das haben wir in den letzten Wochen und Monaten gehabt, und da ist die AfD nicht unbeteiligt – dieses ganze Themenfeld des Links- und Rechtsextremismus und das Kapern von Demonstrationen, von politischem Protest. Das muss man mal ganz klar sagen. Hier wird politischer Protest bundesweit, aber auch in Berlin, missbraucht durch radikale und extremistische Kräfte, die genau auf diese Situation warten. Wir hatten das, Herr Katte weiß es noch, bei der Diskussion hier im Haus zum Thema Reichstagstreppe. Da warten dann Extremisten genau auf die Lücke in der Tür, um dort hineinzugehen und dann solche Bilder zu erzeugen. Es gibt auch andere Demonstrationen, auch im Linksextremismus, wo es genauso läuft. Es ist völlig uninteressant, wie die Demonstration heißt; entscheidend ist, dass man sie schlichtweg nur benutzt, um Gewalt auszuüben. Das ist sozusagen das Kernanliegen extremistischer Kreise und Personengruppen, und da braucht man nicht drum herumreden, das ist so. – Auch das habe ich schon mal wiederholt, und ich weiß nicht, ob Frau Slowik und andere das mal anleiern können: Es wäre einfach mal gut, auch für diesen Innenausschuss und das Parlament, sich mal an der HWR eine Planübung anzugucken, damit jeder von Ihnen mal weiß, was für eine Arbeit dahintersteckt; das ist nicht der Besuch im Einsatzlagezentrum, bei dem sich eine Stunde lang Unterlagen anguckt und sagt: Das ist ja alles ganz interessant. – [Zuruf von Karsten Woldeit (AfD)] – Es nützt Ihnen nichts, wenn Sie es lesen, Sie müssen es auch verstehen, Herr Woldeit. – Man muss wissen, wie so etwas vorbereitet wird, was da dranhängt, wie mit Kräften operiert wird, wie eine Lage dynamisch sein kann und, und, und. Die Mehrheit hier kann das gar nicht beurteilen. Das ist kein Vorwurf, aber es ist wichtig zu wissen, dass es hier Menschen gibt, die sich tagtäglich damit befassen und auch Erfahrung haben durch das Demonstrationsgeschehen in Berlin.

Man darf nicht vergessen, Herr Katte hat es angedeutet, dass es auch eine Nachbereitung gibt. Es ist nicht so, dass ein Haken da drangesetzt wird: Das war es –, sondern es wird eine Nachbereitung geben, und die geht bis in die Mannschaften hinein, was auch wichtig ist, um zu wissen, was gut und was schlecht gelaufen ist. Das will ich noch einmal deutlich sagen. Was hier auch fehlt – das gab es in der Vergangenheit, und ich wäre sehr dafür, dass das irgendwann mal wieder eine Rolle spielt –: Zum 1. Mai, egal, ob der gut oder schlecht läuft, ist es wichtig, eine Lagebild zu haben vom Verfassungsschutz. Genauso auch die Frage: Berliner Feuerwehr. Wie war das eigentlich für die Einsatz- und Rettungskräfte in dieser Stadt insgesamt? Gab es Angriffe? Gab es Verhinderungen, dass die Feuerwehrleute irgendwo ran konnten? – und, und, und, damit man ein ganzes Bild bekommt von der Lage mit dem Wissen, was es für Demonstrationen gab. Denn wir diskutieren hier nur einen Teil von Demonstrationen, die Fahrraddemo beispielsweise im Grunewald oder die Demonstration in Lichtenberg und

andere. Das ist auch in Ordnung, aber man muss zur Lageeinordnung und Lageeinschätzung wissen, dass dieses Spektrum weitaus größer ist.

Dann möchte ich zu den Fragen kommen. Herr Dregger hat da irgendeine Zahl genannt. Es wäre sehr wichtig, dass wir über Fakten sprechen. Erstens: Es operieren verschiedene Zahlen im Raum. Können Sie denn schon sagen, wie viele Personen aus den Kategorien gelb und rot aus dem linksautonomen Spektrum wirklich vor Ort waren? Waren es jetzt beispielsweise 400 Personen der Kategorie gelb und 200 Personen der Kategorie rot? – Dann interessiert mich – Herr Katte hat schon darauf hingewiesen – die Mobilisierung der Szene. Ich weiß jetzt nicht, ob das eher Staatsschutzbereich oder Verfassungsschutzbereich ist. Was für konkrete Erkenntnisse gab es denn eigentlich? Sind jetzt beispielsweise 1 000 Personen aus dem Bundesgebiet nach Berlin gekommen?

Die andere Frage, die auch aufgeworfen wurde, betrifft das Thema Wasserwerfer. Vielleicht kann Frau Slowik etwas dazu sagen, weil das ja in der Öffentlichkeit eine Rolle spielt, aber sicherlich auch innerhalb der Polizei oder auch in diesem Brief, Stichwort Wasserwerfer und Einsatzmittel. Wann wären die denn beispielsweise eingesetzt worden? – Ich meine jetzt nicht nur wegen des Löschens von irgendetwas, sondern: Wann hätte es eine Situation gegeben, in der die hätten eingesetzt werden müssen? – Das kann vielleicht auch Herr Katte sagen, damit jeder ein Gefühl dafür bekommt, wie das läuft.

Noch zwei Fragen – denn die Bilder waren auch in den Medien zu sehen – zu Angriffen auf Zivilbeamte: Gibt es Zahlen dazu, wo Zivilpolizisten konkret aus der Szene heraus angegriffen wurden, weil sie erkannt wurden? – Es gibt ein Video, das herumgeistert, in dem Personen eine Person hin- und herziehen. Das ist alles sehr undurchsichtig und spielt auch auf Twitter und anderswo eine Rolle.

Die letzte Frage: Herr Katte hat es deutlich gesagt: Im letzten Block hinten war der Schwarze Block. Da wäre natürlich interessant zu wissen: Wie eng wurde der denn begleitet? – Es ist ja so, wie Sie es auch schon angedeutet haben: Der Schwarze Block bestellt sich nicht, und sagt: Wir kommen heute übrigens mit 1 000 Leuten –, sondern da geht es um Einschätzungen. Da muss man gucken, wie viele da sind. Wie wurden die also eigentlich begleitet am Ende? Das ist vielleicht noch mal ein wichtiger Punkt, um zu verstehen, wie viele Einsatzkräfte eigentlich da waren. Anders gefragt: Waren Berliner Einsatzkräfte um den Schwarzen Block herum, oder waren es eher Fremdkräfte?

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Schreiber! – Bitte, Herr Fresdorf, Sie haben das Wort!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – An die Fragen des Kollegen Schreiber würde ich gern anknüpfen: Das Thema Aufklärungslage der linksextremistischen Szene in Berlin ist, glaube ich, auch noch mal sehr interessant, gerade in Bezug auf diesen 1. Mai. – Herr Katte, Sie haben ausgeführt, dass in diesem Jahr wenig Zuzug zu der Demonstration aus dem Bundesgebiet kam, weil es in vielen anderen Bundesländern ähnliche Lagen oder Großversammlungen gab. Nun hatte ich die vielleicht auch etwas naive Annahme, dass wenn man nur mit seinen Berliner Demonstranten zu rechnen hat, man ein gutes Lagebild hat, dass man eine gute Aufklärung hat: Wie gestaltet sich die Szene? Wen muss ich ansprechen? Wen nehme ich vielleicht auch mal im Vorfeld heraus, oder wer bekommt besondere Aufkla-

gen? – Das scheint aber nicht wirklich der Fall gewesen zu sein. Mir ist immer noch nicht klar, warum, muss ich ganz ehrlich sagen, denn wenn ich nur mit meinen Berlinern zu tun habe, kann ich die doch gezielter ansprechen, als wenn ich damit rechnen muss, dass die aus Castrop-Rauxel oder sonst wo herkommen. Da würde ich gern noch mal einen Nachtrag zu haben. Das verstehe ich bis jetzt tatsächlich nicht.

Frau Tomiak hat ganz geschickt vom Thema Kessel gesprochen; die Demonstranten, der Demonstrationzug insgesamt wäre eingekesselt worden, hat sie in den Raum gestellt. Könnten Sie dazu bitte noch mal etwas sagen? Ich würde ungern im Raum stehen lassen, dass es hier zu einem „Kessel“ – in Anführungsstrichen – kam, in Zusammenhang mit welchem Block auch immer. Das war nicht mein Eindruck.

Auch noch mal zum Thema Einsatzkräfte: Wie viele Einsatzeinheiten waren es am Ende denn tatsächlich von den ungefähr 50, die Sie gern gehabt hätten? Wie viele waren am Ende vor Ort? – Viele haben sich auch noch mal online ein Bild gemacht, das habe ich vorhin auch erzählt. Da gab es einschlägige Online-Livestreams, die man verfolgen konnte. Da gab es eine Szene, die mich wirklich sehr umtreibt: Das war in der Sonnenallee, Ecke Weichselstraße; da gab es eine Beamtengruppe, die sehr deutlich in der Unterzahl war, und zwar dauerhaft, und sich immer wieder zurückziehen musste. Das ging gefühlt mindestens eine Stunde. Man sah keine Unterstützungskräfte eintreffen. Die wurden immer weiter mit Steinen und Flaschen beworfen und mussten sich immer wieder taktisch zurückziehen und neu ordnen, aber es kam niemand, der da unterstützend tätig wurde. – Vielleicht können Sie zu der Situation etwas sagen – die ist, glaube ich, von vielen wahrgenommen worden –, warum da nicht schneller oder mit mehr Kräften reagiert wurde an dieser Stelle, wo für mich im Gegenteil das Bild aufkam, dass da fast die Polizeikräfte von den Demonstranten eingekesselt wurden, auch mit dem Versuch, Transparente um sie herumzuziehen und Ähnliches, um die Bewegungsfreiheit der Polizeieinsatzgruppe dort einzuschränken. Das fand ich hochgradig erschreckend.

Ich möchte gern auf noch ein Thema eingehen: Kollege Zimmermann hat vorhin so ein bisschen mit einem halben Augenzwinkern – ich will nichts Böses unterstellen, weil ich ihn sehr schätze – gesagt, das waren viele junge, erlebnisorientierte Leute, die sonst an der Konsole zocken. Mein Eindruck war schon, dass die Gewalt überwiegend von der linksautonomen Szene ausging und diese erlebnisorientierten Jugendlichen sich daran orientiert haben. Können Sie das bestätigen? – Das war eher mein Eindruck.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Fresdorf! – Dann hat Herr Dregger das Wort.

Burkard Dregger (CDU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke auch für die bisherige Beantwortung! Ich habe das Schreiben inzwischen dem Ausschussbüro zur Verfügung gestellt und auch Frau Polizeipräsidentin. – Ich möchte die Frage aufwerfen: Was müssen wir tun, und was sind wir bereit zu tun, damit sich dieser Wahnsinn nicht jedes Jahr wiederholt? Diese Frage müssen wir uns doch stellen: Wie können wir effizient unterbinden, dass Gewalttäter, von denen wir schon vorher wissen, dass sie Gewalttäter sind, an dem Tag das Demonstrationsrecht missbrauchen, um Gewalt zu verüben? – Wenn es stimmt, was in diesem Brief erwähnt wird, dann hat das Landeskriminalamt Erkenntnisse zu den Identitäten der Personen, denn hier steht, es sind 800 Personen des Linksextremismus, die gewaltbereit sind, die sich am Hermannplatz versammelt haben, und 200 Personen, die gezielt gewaltsuchend sind.

– Wenn also Identitäten feststehen, ist doch die naheliegende Überlegung, sie zukünftig von Demonstrationen auszuschließen und das mit nötigen Zwangsmaßnahmen auch sicherzustellen. – [Zuruf von Frank Zimmermann (SPD)] – Die rechtlichen Möglichkeiten müssen wir schaffen, Herr Kollege Zimmermann, den ich auch sehr schätze, um das auch noch aufzunehmen. Das ist die Aufgabe dieses Parlaments, und deswegen nützt es nichts, polizeitaktische Fragen zu erörtern, von denen wir in der Tat, da gebe ich Herrn Schreiber recht, nur halb so viel verstehen, wie Herr Katte und andere.

Unsere Verantwortung ist doch, der Polizei das zu geben, was sie braucht, um diese Gewaltexzesse zu unterbinden, und offensichtlich hat sie nicht, was sie braucht, um Gewaltexzesse zu unterbinden, denn sonst würden sie nicht stattfinden. Um diese Frage können wir uns nicht herumdrücken; alles andere ist Gefechtsfeldlyrik. Das ist die entscheidende Frage. Das hätte etwas damit zu tun: Welche gesetzlichen Befugnisse hat die Polizei? Ist sie also gesetzlich befugt, mit oder ohne richterlicher Zustimmung Personen auch mal für längere Zeit aus dem Verkehr zu ziehen, in Gewahrsam zu nehmen, damit sie erst gar nicht an diese Veranstaltung herankommen, sie also im Vorfeld in Gewahrsam zu nehmen? Und wenn diese Täter bekannt sind oder sein sollten – was ich nicht weiß, aber das weiß das LKA –, dann müssen wir uns doch die Frage stellen: Warum geben wir der Polizei nicht die Befugnis, genau das zu tun, um genau diese Gewaltexzesse zu unterbinden?

Zweite Frage: Ich möchte Herrn Katte oder Frau Polizeipräsidentin bitten, noch mal mitzuteilen, ob die Einschätzung aus der Zeit vor dem 1. Mai zutreffend gewesen ist, dass wir wenige Demonstrationstouristen aus anderen Bundesländern gehabt haben. Wenn das so ist, müssen wir uns als Haushaltsgesetzgeber zweitens die kritische Frage stellen: Warum sind unsere Polizeikräfte nicht in der Lage, das Gewaltpotenzial dieser Stadt mit eigenen Kräften zu bändigen? – Wir haben in letzter Konsequenz erfreulicherweise doch noch erhebliche Kräfte aus anderen Bundesländern bekommen – herzlichen Dank an diese Bundesländer und die Bundespolizei! –, aber wir waren nicht in der Lage, diese irren Gewalttäter, die wir schon in Berlin haben, die gar nicht zugereist sind, unter Kontrolle zu halten. Jedenfalls konnten wir nicht verhindern, dass 93 Polizeibeamte verletzt worden sind. Das heißt, hier gibt es ein zweites Versagen, und es richtet sich an uns, an das Parlament, denn wir sind verantwortlich dafür, die Stellen zu schaffen. Die Verwaltung und der Innensenator sind dafür verantwortlich, die Stellen auch zu besetzen.

Wir haben also zwei Fragen zu beantworten: Warum gestatten wir der Polizei nicht das, was sie benötigt? Und warum rüsten wir sie nicht aus mit dem, was sie benötigt, um diese Gewalt zu unterbinden? – Ich bin nicht bereit, weiterhin zu tolerieren, dass hier Polizeibeamte im hohen zweistelligen Bereich verletzt werden, weil irgendwelche durchgeknallten Antidemokraten glauben, sie könnten sich daraus einen Spaß machen. Unsere Aufgabe ist, das zu unterbinden, und zwar mit allen Mitteln, die rechtsstaatlich möglich sind. Ich kann nicht feststellen, dass diese Runde hier bisher bereit war, der Polizei diese Mittel zu geben. Deswegen bitte ich jetzt um eine fachliche Einschätzung im Hinblick auf unsere Kräfte, auf die gesetzlichen Befugnisse und die Frage: Warum sind wir eigentlich nicht in der Lage, die verrückten Irren, die es in der Stadt gibt, alleine unter Kontrolle zu halten? – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Dregger! – Herr Wild!

Andreas Wild (fraktionslos): Danke, Herr Vorsitzender! – Eine Frage noch zu der Demo in Lichtenberg. Da hieß es, es gab 76 Festnahmen; was waren die Gründe für diese Festnahmen? Ging es da um Personalienfeststellungen, oder weshalb wurden dort Leute festgenommen, wenn sie gleich wieder alle freigelassen werden? – So dramatisch können diese ja Vorfälle nicht gewesen sein.

Zu dieser Querdenkensache möchte ich noch bemerken: Es ist eben das Besondere an Querdenken, dass die sich politisch nicht so ganz einordnen lassen. Das ist ein Spektrum von der AfD bis Sahra Wagenknecht. Insofern ist es natürlich schwer zu sagen, die sind dieser oder jede politischen Strömung zuzuordnen. Gleichwohl haben sie, auch wenn diese Menschen politisch nicht so eindeutig zu verorten sind, ein Recht, nicht pauschal, wie der Herr Innensensor vorhin sagte, als Coronaleugner dazustehen. Es geht nicht darum, Corona zu leugnen, sondern die Schwere der Gefahr anders zu beurteilen, als die Kanzlerin und ihre Entourage. Da gibt es in Deutschland ziemlich viele, die das so sehen; insofern sprechen die Querdenker da für mindestens, würde ich sagen, 50 Prozent der Deutschen. – Dann noch zu der Untersuchung: Herr Katte, wenn es tatsächlich eine Untersuchung gibt, dass Demonstrationen signifikant die Gesundheitslage in dem regionalen Bereich, in dem die Demonstration stattgefunden haben, also hier Berlin, verändern, wäre ich sehr interessiert, die beim Protokoll zu finden. – Danke schön!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Frau Schmidberger, bitte!

Katrin Schmidberger (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich erspare mir jetzt meine Kommentare, weil ich dachte, wir treffen uns heute eigentlich, um eine politische Analyse dieses Tages abzulegen, und nicht immer die ewig gleichen Platten, die ich hier schon seit über vier Jahren jedes Mal zum 1. Mai höre.

Ich war übrigens selbst vor Ort. Ich war als parlamentarische Beobachterin zuerst auf der Fahrraddemo Richtung Grunewald und bin dann über die Autobahn mit dem Rad – übrigens supergeil, sollte jeder mal machen – zurück zum Hermannplatz gefahren. Meine Beobachtung war folgende: Ich möchte mich erst mal bei der Polizei bedanken, bei Herrn Katte, bei Frau Slowik. Sie haben recht, die Demo im Grunewald war wirklich sehr friedlich. Es war eine Superstimmung. Man ist da sehr kooperativ miteinander umgegangen. Umso mehr bin ich bestürzt über die Berichte, die ich jetzt von Teilnehmerinnen und Teilnehmern bekomme, gerade von Leuten mit kleinen Kindern. Es waren sehr viele kleine Kinder auch dabei, die mit dem Fahrrad gefahren sind. Mir wurde berichtet, dass es teilweise vor dem Grunewald – sprich: als die Fahrradsternfahrt von Neukölln und Wedding zum Großen Stern fuhr – keine Verkehrssicherheit gab, die getätigt wurde. Lediglich die Spitze wurde oft abgesichert. Es gab ganz oft die Situation, dass Autos in die Fahrradmengen hineingefahren sind. Übrigens habe ich genau das Gleiche beobachtet; ich bin, wie gesagt, selbst mitgefahren. Kaum war man von der Autobahn runter und ist nach Neukölln reingekommen, sind im Grunde alle Autos ganz normal auf einen zugerast. Ich habe mehrere wirklich schlimme Situationen beobachtet. Wir haben wirklich Glück gehabt, dass da nichts passiert ist.

Im Gegensatz dazu war es im Grunewald so, dass gefühlt – ich habe auch Fotos, die kann ich gern zeigen – alle 30 Zentimeter ein Polizist vor einer Villa beziehungsweise vor den einzelnen Wegen stand. Dort gab es extrem viele Gitter. Jeder kleine Fußweg wurde abgesperrt. Die Autos standen alle nebeneinander. Ich hatte irgendwie den Eindruck, das war ein krasses Un-

gleichgewicht zwischen der Verkehrssicherheit sowohl am Anfang der Demo als auch am Ende der Demo und dem Absichern der Villen und des Grunewalds. Ich will überhaupt nichts dagegen sagen. Ich finde es auch nicht in Ordnung, dass da letztes Jahr irgendwelche Autos beschmiert waren und was weiß ich – keine Frage –, aber wenn man doch das Gefühl hat, man hat ein bisschen zu wenig Polizeikräfte oder man ist am Anschlag, dann sollte man die Kräfte nicht unbedingt da konzentrieren, wo man das Gefühl hat, da läuft es eigentlich sehr gut. – Sie sagten selbst, Frau Slowik, wir sind da ziemlich gemütlich durchgelaufen. Ich habe, wie gesagt, keine einzige aggressive oder sonstige Situation erlebt. Deswegen finde ich es wirklich sehr schade, auch, dass dort eine Fahrradfahrerin von einer Polizistin massiv angefahren wurde, die dann ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Die nächste Beobachtung, die ich dann um 18 Uhr gemacht habe, war: Es stimmt, es war extrem voll. Ich fand es gut, dass oben am Columbiadam abgesperrt wurde und an den Seiten die Leute erst durchgelassen wurden, damit sich das ein bisschen entzerrt und auch zeitlich verzögert. Aber auch da frage ich mich: Warum war es eigentlich möglich, in diesem ganzen Bereich dort drinnen Flaschen zu kaufen an jeglichen Spätis und so weiter? – Ich wohne in Kreuzberg direkt an der Görlitzer Straße. Meine Beobachtung am 1. Mai war immer: Man darf da einfach keine Flaschen kaufen. Da werden keine Flaschen verkauft. Da wird man auch kontrolliert, wenn man in Kreuzberg in bestimmte Gebiete geht. – Dort ist das nicht passiert. Es gab keinerlei Kontrollen, ob jemand Flaschen mitbringt oder nicht. Meine Beobachtung war auch, dass zu dem Zeitpunkt gar nicht mehr ein so großer politischer Teil unterwegs war, sondern sehr viele junge Leute, die nicht mehr nüchtern waren und kein Interesse daran hatten, politisch zu demonstrieren, sondern die waren, glaube ich, froh, dass, weil der Club immer noch zu hat, man mal eine Alternative hat am Samstagabend. – Das hätte man meiner Meinung nach besser machen müssen.

Ich war auch hinten an der Strecke. Ich habe mich irgendwann von der Demo entfernt, denn es wurde mir zu voll. Es war auch zu unübersichtlich für die Leute; ich habe sehr viele Menschen beobachtet, die auch gegen 19.30 Uhr gegangen sind, weil die Situation einfach unangenehm war. Ich war ganz hinten und wurde von der Polizei wirklich gedrängt, weiter nach vorn zu gehen. Es war also schwierig, die Demo nach hinten zu verlassen, weil man eigentlich von der Polizei gedrängt wurde, weiter nach vorn zu gehen. Vorn war aber kein Platz, sprich: Ich hatte gar keine Möglichkeit, Abstand zu halten. – Das vielleicht mal als Bericht einer Teilnehmerin, die dann um 19.30 Uhr, weil es ihr zu blöd wurde, gegangen ist. Ich glaube, es wäre toll, wenn Sie das für uns auswerten würden. Ansonsten möchte ich mich ganz kurz bei den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern bedanken; die waren nämlich besonders freundlich!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Bitte, Herr Zimmermann, Sie haben das Wort!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Nur in aller Kürze: Ich will darauf hinweisen, dass wir systematisch seit Beginn dieser Wahlperiode die Stellenanzahl für die Polizei erhöht haben, dass wir bis an die Grenze der Kapazitäten ausbilden und dass wir Schritt für Schritt die Personalstärke erhöhen, wo dies nötig ist. Da ist in Zusammenarbeit mit der Polizei definiert worden, wo der größte Bedarf ist, und das verfolgen wir systematisch seit vier, fünf Jahren. Deswegen ist der Vorwurf, Herr Kollege Dregger, wir würden nicht genug tun, an der Stelle wirklich nicht begründet. Ich gehe davon aus, dass dieser Prozess auch weitergeht.

Zweitens: Die Eingriffsgrundlagen für einen Unterbindungsgewahrsam haben wir nicht verändert. Das sind Voraussetzungen – – [Burkard Dregger (CDU): Wir haben da etwas vorgeschlagen!] – Da haben auch Sie nichts vorgeschlagen. Es geht nur um die Dauer. Es ging in dieser Wahlperiode nur um die Dauer des Unterbindungsgewahrsams, aber nicht um eine Veränderung von Voraussetzungen; die sind seit Jahren gleich geblieben.

Vorsitzender Peter Trapp: Danke! – Dann hat Herr Schrader erstmal das abschließende Wort.

Niklas Schrader (LINKE): Wie schön! – Nur noch eine kurze Anmerkung: Wie Sie, Herr Dregger, hier den Unterbindungsgewahrsam ins Feld führen, da gruselt es mich schon sehr. Herr Zimmermann hat schon zu Recht darauf hingewiesen: Wir haben die Grundlagen nicht verändert, nur die Frist. Sie können aber doch nicht einfach irgendwen vorab in Haft nehmen, nur weil Sie irgendwie der Meinung sind, da könnte vielleicht etwas passieren. Da gibt es ganz hohe und harte Voraussetzungen. Da brauchen Sie konkrete Anhaltspunkte für eine unmittelbar bevorstehende Straftat. Da reicht es nicht aus, dass jemand beim letzten Mal dabei war; da reicht es auch nicht aus, dass vielleicht jemand beim letzten Mal einen Stein geworfen hat. Auch das reicht nicht aus für den Unterbindungsgewahrsam. Dass Sie sich hier hinstellen und sagen: Ja lasst uns das doch mal anwenden, und dann können wir die alle in Haft nehmen, und dann könnte man vielleicht die Gewalt am 1. Mai verhindern – das finde ich wirklich gruselig. Das ist auch keine politische Entscheidung. Das zu beantragen ist eine Entscheidung derjenigen, die die konkreten Erkenntnisse dafür gegebenenfalls haben. Und wenn Sie das hier ins Feld führen als ein Mittel, um die Gewalt am 1. Mai zu verhindern, läuft es, glaube ich, allen, denen die Grundrechte etwas wert sind, kalt den Rücken herunter.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Schrader! – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich habe nur noch eine Frage zu den Festgenommenen: Können Sie sagen, wie viele Berliner und wie viele Nichtberliner unter den Festgenommenen waren? Das wäre noch interessant. – Frau Präsidentin, beginnen Sie mit der Beantwortung der Fragen?

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): So ist es, Herr Vorsitzender! – Ich beginne mit einem Vorschlag, außer Herr Katte kann konkret dazu etwas sagen: Es gab relativ viele Fragen, beginnend mit Herrn Schraders, zum Verkehrskonzept beim Fahrradkorso. Es gab relativ viele Fragen zum Verkehrskonzept, Frau Schmidberger hat es auch angesprochen: Warum hier relativ viele Kräfte, dort weniger? Gab es Unfälle? – Ich glaube, es ist im Moment noch etwas schwierig, diese einzelnen Fragen zu beantworten. Auch Frau Tomiak blieb etwas unbeantwortet zurück mit Unfällen, mit der Staffel, Zuleitungen. War nicht komplett abgesperrt? – Ich fürchte, außer Herr Katte gibt mir jetzt ein anderes Zeichen, dass wir dazu im Einzelnen jetzt, am Tag zwei noch nicht sprechberechtigt sind. Das würde ich gern schriftlich nachliefern. Das würde ich gern schriftlich ordentlich aufbereiten, dann sind wir dazu aussagefähig.

Generell zum Konzept muss man sagen: Das Konzept, Frau Schmidberger, ist auch immer eine Prognose, und diese Enge im Grunewald hat uns natürlich auch dazu gebracht, vor allem auch dort mit Polizeikräften präsent zu sein, um den Zug dort gut weiter zu begleiten. Es war natürlich auch nicht ganz klar, ob man bereit ist, von dieser Kundgebung Abstand zu nehmen, oder ob wir dort vielleicht noch polizeilich agieren müssen, sodass dort etwas mehr Kräfte vorhanden waren. Aber wie gesagt: Alles rund um diese ganze Verkehrssituation, die ange-

sprochen wurde, in verschiedenen Bereichen, bei Ihnen auch durch die Zuliefererdemos und, und, und würde ich gern schriftlich ordentlich aufbereiten.

Herr Schreiber hatte die Frage nach gelb und rot. – Stand 19.35 Uhr hatten wir im ersten Block, der Migrantifa circa 50 Kat. rot und 200 Kat. gelb, im zweiten Block circa 200 Kat. rot und 400 Kat. gelb und im dritten Block 50 Kat. rot und 30 Kat. gelb. Im vierten Block waren dann noch mal 100 Kat. rot und 300 Kat. gelb. Das sind grobe Kategorisierungen, die wir vornehmen. Das ist bekannt, Sie kennen das und können damit umgehen.

Mobilisierung der Szene: Ja, regelmäßig wird zu Versammlungen eine sogenannte Gefährdungsbewertung vorgenommen durch den Staatsschutz, immer in Abstimmung oder unter Zulieferung von Erkenntnissen auch aus dem Verfassungsschutz. Die haben wir im Grunde nahezu täglich fortgeschrieben und auch immer wieder in Telefonschalten erörtert. Wie gesagt, es ist nicht ganz so einfach – Herr Katte hat es schon ausgeführt –, dann daraus ganz konkrete Maßnahmen abzuleiten, sondern wir haben eher polizeitaktische Maßnahmen daraus abgeleitet.

Zum Wasserwerfer: Ich fand es nicht ganz gelungen, wenn in einem Interview eine Passage herausgenommen wird. Es ist immer so. Das ist die Pressefreiheit; das ist völlig in Ordnung. Da wurde der Wasserwerfer aus einem langen Interview herausgenommen. Der Wasserwerfer dort in dem Interview war von mir angesprochen worden als Einsatzmittel, um Menschen zu verteilen im Falle von Infektionsschutzverstößen, so wie wir ihn auch am 18. November eingesetzt haben. Das war das, was ich angesprochen hatte: Wenn wir das wieder sehen und keine anderen Möglichkeiten sehen, rechtsstaatlich konsequent Menschengruppen aufzulösen, würden wir auch wieder den Wasserwerfer nutzen. – Ansonsten, das hat Herr Katte schon angesprochen, haben wir die Frage immer wieder. Es bedarf hoher Fachkompetenz, das habe ich mir alles erklären lassen, einen Wasserwerfer zu nutzen und einzusetzen, und am Ende des Tages hat sowieso der Wasserwerferführer das letzte Wort, ob er ihn nutzt oder nicht. Es geht um Örtlichkeiten, der 29. August wurde von Herrn Katte genannt: Schon da war die Überlegung, ihn zum Infektionsschutz einzusetzen, aber dem stand, wie gesagt, das Crowdmanagement entgegen und die Sorge, womöglich ein Duisburg 2 zu verursachen. Herr Katte hat, ich kann das auch noch mal ergänzen, schon dargelegt, dass aus seiner Sicht die Örtlichkeit da nicht geeignet war. Wie gesagt: Dass vielleicht der einzelne Kollege, der da im Einsatz ist, nicht alles überblickt, das sei ihm absolut zugestanden; aber wir schauen uns das genau an.

Zu Angriffen auf Zivilbeamte: Da habe ich kein abschließendes Bild, da sind wir noch dabei. Dazu kann ich Ihnen noch nichts sagen. – Zur Frage, wie der Schwarze Block begleitet wurde, das kann, glaube ich, eher Herr Katte ausführen, wie er da taktisch vorgegangen ist. – [Tom Schreiber (SPD): Und wie ist es mit der Planübung?] – Die Planübung! Ja, es sind alle herzlich eingeladen! Auch sonst machen wir gelegentlich Übungen und können das da auch erklären. Immer mal wieder halten wir große Übungen am Boulevard ab, auch da hatten wir Begleitung. Aber gern, das können wir aufsetzen, um mal zu zeigen: So eine Einsatzkonzeption ist ein äußerst komplexes Zusammenwirken von unterschiedlichsten Polizeikräften, von unterschiedlichsten Aspekten. Es wäre sicherlich mal interessant, das zusammenzustellen.

Herr Fresdorf! Sie haben gefragt, wie viele Einheiten wir letztlich hatten. – Wenn ich es recht weiß, waren es am Ende 36 von 50 angeforderten. – Zur Einkesselung oder vielmehr Nicht-

einkesselung kann Herr Katte sicherlich gleich noch etwas ausführen. Das war auch noch eine Frage von Frau Tomiak.

Vorsitzender Peter Trapp: Es fehlt noch der Grund für die Festnahmen in Lichtenberg!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Sie meinen bei der coronakritischen Demonstration? – Wir hatten eine Gesamtanzahl von 76 Freiheitsbeschränkungen und -entziehungen, die im Einsatzraum entlassen wurden. Das ist so. Der Schwerpunkt lag beim Verstoß gegen die Infektionsschutzverordnung. Es war, glaube ich, auch klar, dass er dort liegen würde. Bei 67 von 76 Festnahmen war das Thema Infektionsschutzverordnung und Verstöße dagegen; dreimal Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, einmal Gefangenenbefreiung, einmal Beleidigung, einmal Sachbeschädigung, einmal Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse und drohender Überflug über eine Versammlung. – Das war es.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Frau Polizeipräsidentin! – Herr Katte, Sie können jetzt noch erweitern!

Stephan Katte (Polizei Berlin; Leiter Direktion Einsatz/Verkehr): Vielen Dank! – Ich habe tatsächlich nur noch wenige Ergänzungen. – Zur Frage nach dem Fahrradkorso und dem Verkehrssicherheitskonzept dazu: Wir haben schon zu Beginn gehört und auch erlebt, dass tatsächlich 2 500 Teilnehmenden angemeldet waren und es dann doch deutlich mehr wurden. Schon allein bei den Zubringerfahradkorsos waren es deutlich mehr und wurden das dann auch über den Tagesverlauf. Ich kann nur daran erinnern: Wir haben zu dem Zeitpunkt in Lichtenberg die Versammlung laufen gehabt, wo auch entsprechend Kräfte, auch mit Gegenprotesten, gebunden waren. Wir hatten genau zu der Zeit parallel die Club- und Kulturszene als Aufzug, der mit 500 Teilnehmenden angemeldet war, aber in der Spitze auf bis zu 5 000 Personen aufwuchs. Da war es im Tagesverlauf tatsächlich schwierig, alles gleichermaßen mit den entsprechenden Prioritäten zu bedienen. – Klar, wenn ich im Nachhinein sehe, wie wir dann durch den Grunewald gekommen sind mit den über 10 000 Teilnehmenden, kann ich Ihren Eindruck teilen, dass man sagt: Sind das die richtigen Prioritäten? Wenn ich das vorher wüsste, würde ich es auch anders aufstellen. Aber man muss sehen, dass da 10 000 Fahrradfahrende waren – das hatten wir hier auch schon wiederholt angesprochen – und die Länge des Aufzuges: Als die Spitze dieses Aufzuges den Hagenplatz erreicht hat, stand der Schluss nach meinen Meldungen noch am Adenauerplatz, fast noch Joachimsthaler Straße. Und da tatsächlich mit dem Kräftegerüst, das vorgesehen war, wie gesagt, mit Blick auch auf die anderen zu betreuenden Versammlungslagen, alle gleichermaßen so abzudecken, ist dann tatsächlich schwierig. Das räume ich ein, den Schutz des Grunewaldes aus den Erfahrungen der Vorjahre durchaus als Priorität zu sehen, und es stand die Zwischenkundgebung im Raum, die ursprünglich am Hagenplatz von ihm abgehalten werden sollte. Es gab in den Kooperationsgesprächen im Vorfeld Aussagen von ihm, dass er sich vorstellen könnte, seine Versammlung für eine Stunde zu unterbrechen, in der alle mal hinfahren können, wo sie wollen, um nach einer Stunde dann wieder fortzusetzen. Auch darauf muss man sich einstellen und entsprechend reagieren. Insofern war das Schutzkonzept für den Raum Grunewald so aufgestellt wie es aufgestellt war mit der entsprechenden Wirkung. Dass sich so ein Korso von 10 000 Menschen in die Länge zieht und nicht jede Seitenstraße so abgedeckt wird, ist am Ende tatsächlich nicht schön, erklärt sich aber vielleicht ein bisschen an der Stelle.

Zu der Frage, wann der Wasserwerfer denn eingesetzt worden wäre, ist jetzt schon vieles gesagt worden. Wenn ich einen sich verfestigenden Punkt hätte, wo es tatsächlich über einen längeren Zeitraum massive Auseinandersetzungen gibt, also eine statische, sich verfestigende Lage mit den entsprechenden Angriffen, dürfen Sie sicher sein, bin ich der, der diese Eskalationsstufe, den Einsatz des Wasserwerfers in Betracht zieht und es auch tun würde, immer sehr abgestuft. Ich halte ihn für eine sehr effektives Einsatzmittel, aber auch eines, das nicht unbedingt zur Deeskalation beiträgt. Allein schon das Erscheinungsbild eines Wasserwerfers ruft gewisse Emotionen hervor. Das ist traditionell so, das kann man auch ein Stück weit nachvollziehen. Aber hier tatsächlich mit Blick auf die Lage: Sie war nicht verfestigt über einen längeren Zeitraum an einem Punkt mit mehreren Hundert oder Tausend Personen, sondern sehr dynamisch im Einsatzraum in vielen kleinen Straßen und Umgebungen mit zighundert und -tausend Menschen, wo allein das Durchfahren mit dem Wasserwerfer schon ein Risiko in sich birgt, das ich nicht bereit bin, in der Form zu tragen.

Zu den Zivilkollegen: Dieses Video kenne ich auch, in dem einer aus der Menge wieder herausgezogen wurde und dann von uniformierten Kollegen letztendlich befreit werden musste. Das ist ein Sachverhalt, der ebenfalls bei uns in der Prüfung ist, ohne dass ich jetzt hier schon eine vollständige Antwort dazu geben könnte, wie es sich im Einzelfall verhalten hat. Der Schwarze Block, der Aufzug selbst, ist am Anfang mit acht Einheiten begleitet worden, und dann, bei Erkennen des Zulaufs und der doch deutlich größeren Teilnehmendenzahl, haben wir in diesen Einsatzabschnitt, wie wir es nennen, weitere vier Einheiten zur Betreuung gegeben. Da ist auch immer ein bisschen Spitze- und Schlussbetreuung dabei, aber dieser neuralgische Block, der dritte und vierte, wurde dann im Kern von fünf, sechs Einheiten begleitet und betreut.

Zum Kessel: Da wir über einen Ausschluss gesprochen haben – wir haben in dieser Phase nicht darüber nachgedacht, diesen Aufzug in Gänze aufzulösen, sondern es ging hier nur um einen Ausschluss des dritten und viertes Blocks –, will ich nicht ausschließen, dass für einen Moment der Eindruck entstand, dass dieser dritte und vierte Block in den Blick genommen wird und sich vorn und hinten Polizeikräfte hinstellen, um deutlich zu machen: Das ist der Teil derer, die ausgeschlossen werden sollen. – Auch nach meinem Eindruck gab es dahinter schon noch einige, die hinterherliefen, die, wie ich am Anfang sagte, durchaus an dem anderen, schon vorn in der Sonnenallee befindlichen Teil der Versammlung weiter hätten teilnehmen können. Dass es für den Moment diesen Eindruck gab, will ich gar nicht ausschließen, aber eine Einkesselung im klassischen Sinne hat für diesen Block so nie stattgefunden und ist auch nie von uns angestrebt worden.

Flaschenverkauf im Raum Neukölln und Umgebung: Wir haben im Rahmen einer Allgemeinverfügung für den alten Myfestbereich geregelt, dass dort das Mitführen von Flaschen über 0,5 Litern, außer PET, nicht zugelassen ist. Das ist die Regelungskompetenz von uns. Die andere Regelungskompetenz, nämlich der Verkauf, liegt nicht bei uns. Die Bezirke haben die Hoheit und waren da eben nicht bereit, das auch so mitzutragen. Damit muss man dann einfach umgehen können.

Noch mal zurück zu Herrn Schrader: Da bin ich vielleicht missverstanden worden. Wir haben im Vorfeld Anordnungen nach dem neuen Versammlungsfreiheitsgesetz getroffen, nachdem bekannt wurde, dass auch der linke Teil sich an diesem Aufzug dann doch beteiligen will. Das Verbot des Mitführens beispielsweise von Flammenschutzhauben, von Pyrotechnik, von

Schutzausrüstungen wie Oberkörperschutz ist tatsächlich als Anordnung so ergangen, war aber im Verlauf dieses Aufzuges kein Thema. Es ging nicht darum, tatsächlich das Mitführen irgendwelcher Flammenschutzhauben oder Körperschutzausstattungen, die auch so nicht festgestellt habe, zu unterbinden oder zu verfolgen, sondern im Vordergrund stand ausschließlich das Durchsetzen des Infektionsschutzes und Hygieneschutzes an der Stelle. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Frau Polizeipräsidentin hat noch eine Ergänzung. – Bitte!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Herr Trapp! Noch eine Antwort auf Ihre Frage: Es waren 69 Nichtberlinerinnen und -berliner, die festgenommen wurden, einer oder eine – das weiß ich nicht zu sagen – aus Italien, also aus dem Ausland.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Frau Polizeipräsidentin! – Herr Dregger!

Burkard Dregger (CDU): Eine Frage ist noch offen, oder ich bitte um Nachsicht, wenn ich nicht gut zugehört habe, und zwar die Frage, wie viele Nichtberliner Demonstranten diesen 1. Mai besucht haben. Es wurde im Vorfeld gesagt, es sind im wesentlichen keine Demonstrationstouristen zu erwarten. Hat sich das so bewahrheitet, oder gibt es neue Erkenntnisse?

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Frau Polizeipräsidentin!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Über den Besuch, wie hoch der Anteil an Demonstrierenden war, vermag ich nicht zu sagen. Herr Katte auch nicht, oder? – Ich habe nur gerade gesagt, unter den 354 Festnahmen waren 69 Nichtberliner, eine aus dem Ausland. Ansonsten, ob wir große Gruppen gesehen haben: Mir war es nicht bekannt. Ich habe auch keine größeren Gruppen wahrgenommen, die wir nicht Berlin zugeordnet hätten. Herr Katte, haben Sie noch Ergänzungen? – [Stefan Katte: Nein!] –

Vorsitzender Peter Trapp: Eine Wortmeldung von Herrn Fresdorf!

Paul Fresdorf (FDP): Ich möchte nur kurz die Frage wiederholen, ob Sie zur Situation Weichselstraße/Sonnenallee noch etwas sagen könnten.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Katte!

Stephan Katte (Polizei Berlin; Leiter Direktion Einsatz/Verkehr): Da war Ihr Eindruck offensichtlich der, dass wir mit weniger Kräften dort vertreten waren, und der Eindruck entstand, dass diese sich zurückziehen mussten, weil wir umzingelt wurden. – Wir haben hier eben schon unterschiedliche Bilder gezeichnet bekommen. Ich selbst stand ebenfalls auf der Sonnenallee, sicherlich ein Stück nördlich davon. Mein Eindruck war: Es waren sehr wohl Polizeikräfte dort. – Sicherlich entsteht in der Dynamik der Lage der Eindruck, dass es ein Hin- und Hergewusel gibt, und wie ich am Anfang sagte: Es gelingt uns nie, egal, bei welcher Klientel, zigtausend Menschen per Knopfdruck von der Straße zu bekommen, wenn sie nicht von der Straße wollen, sondern da ist eben unser Prinzip immer das des Durchmischens und des permanenten Ansprechens und auch des Wegdrängens am Ende, aber das dauert seine Zeit und erweckt schon den Eindruck einer gewissen Unübersichtlichkeit. Das ist völlig un-

benommen. Aber Ihren Eindruck unterm Strich kann ich so nicht teilen. Ich werde den morgen von meinen Einheitsführern aber auch noch mal hinterfragen, ob sie den selbst so hatten.

Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Frau Präsidentin!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Vielleicht eine letzte Ergänzung zu der Frage, wie viele Nichtberlinerinnen und -berliner wohl im Versammlungsfeld waren: Wir arbeiten bekanntermaßen auch ganz eng mit der Bundespolizei zusammen, die auch die Anreisen in Zügen checkt, und auch da gab es keine Meldung von großen Anreisen, auf jeden Fall nicht auf diesem Weg. Individual ist natürlich immer anders.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Ich schlage vor, dass wir die Nachbereitung abwarten. Wenn es Fragen zur Nachbereitung gibt, sollten wir einen neuen Besprechungspunkt im Ausschuss beschließen. Ich habe nur noch eine Bitte: Das mit den antisemitischen Rufen hätte ich gern etwas detaillierter, weil wir am kommenden Mittwoch im Rechtsausschuss auch das Thema auf der Tagesordnung haben. – Bitte schön, Herr Katte!

Stephan Katte (Polizei Berlin; Leiter Direktion Einsatz/Verkehr): Ich habe zumindest aktuell die Information, dass bei uns keinerlei Strafanzeigen und keine Feststellungen dazu eingegangen sind und der Kenntnisstand auch über die Jüdische Gemeinde per Twitter so kommuniziert wurde.

Vorsitzender Peter Trapp: Okay! – Wie gesagt, wenn es dann bei der Nachbereitung noch Fragen gibt, werden wir einen neuen Tagesordnungspunkt beschließen. Diesen werden wir jetzt als abgeschlossen betrachten.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

- a) Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses [0373](#)
Vorlage – zur Kenntnisnahme – des Senats von Berlin InnSichO
Drucksache 18/3070
Rote Nummer 3194
Finanzplanung von Berlin 2020 bis 2024
Hier nur: Anlage Investitionsprogramm des Landes
Berlin für die Jahre 2020 bis 2024 (s. nach S. 73)
- b) Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses Bericht [0346](#)
SenUVK- II D 3 – vom 24.06.2020 InnSichO
Rote Nummer 2948 A
Zustand der Bundes- und Landesbrunnen – Konzept
zum Betrieb
1) gemäß Auflage B. 47b – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

- c) Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses Bericht [0345](#)
SenUVK – II D 3 – vom 08.06.2020 InnSichO
Rote Nummer 2948
Zustand der Bundes- und Landesbrunnen
gemäß Auflage B. 47a – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

- d) Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses Bericht [0344](#)
SenUVK – II D 3 – vom 19.05.2020 InnSichO
Rote Nummer 2789 A
Investitionsbedarf für Landesbrunnen
hier: Bezirke
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung des
Hauptausschusses vom 06.05.2020)

Hierzu:

- Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses [0344-1](#)
Austauschfassung zur roten Nummer 2789 A InnSichO
Rote Nummer 2789 A-1
Bericht SenUVK – II D 3 – vom 19.05.2020
Investitionsbedarf für Landesbrunnen
hier: Bezirke
Ergänzt wurde die Seite 1 der Anlage

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

- Vorlage – zur Beschlussfassung – [0388](#)
Drucksache 18/3458 InnSichO
Gesetz zur Weiterentwicklung des
Informationszugangs für die Allgemeinheit Haupt
KTDat(f)

Vertagt.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

- a) Antrag der AfD-Fraktion [0394](#)
Drucksache 18/3564 InnSichO
Gegen jeden Antisemitismus – al-Quds-Marsch mit
allen Mitteln des Rechtsstaates verhindern!

- b) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP [0397](#)
Drucksache 18/3615 InnSichO
**Al-Quds-Marsch in Berlin verhindern –
Volksverhetzung ist keine Meinung**

Vertagt.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

- Antrag der AfD-Fraktion [0284](#)
Drucksache 18/2380 InnSichO
**Frauen, Kinder und Jugendliche schützen –
öffentliche Prostitution berlinweit verbieten** GesPflegGleich(f)

Vertagt.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.